BAYERNKURIER

Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

Blickpunkt: Der Europaplan der CSU Seite 3

Report: Regierungsbezirk Oberpfalz Seite 12

Wirtschaft: Zehn Jahre EU-Osterweiterung Seite 9

Nr. 18 | Jahrgang 65 | 3. Mai 2014 www.bayernkurier.de Preis 1,70 €

Kopfschütteln über Schröder

St. Petersburg – Der Festakt zum 70. Geburtstag von Altbundeskanzler Gerhard Schröder im russischen St. Petersburg sorgt in Deutschland für Empörung.

Zu der Feier war auch Russlands Präsident Wladimir Putin gekommen. Bilder von einer freundschaftlichen Umarmung der beiden Politiker haben nun für harsche Kritik am Verhalten des Ex-Kanzlers gesorgt. In Anbetracht der anhaltenden Krise um die Ukraine und die Geiselnahme deutscher Bürger durch russische Separatisten im Osten des Landes wird die gemeinsame Feier von Schröder und Putin parteiübergreifend verurteilt. Der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sagte, er könne das Umarmungsbild inmitten der Ukraine-Krise „nicht als hilfreich betrachten". Zudem wisse er nicht, ob Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) über das Bild seines Parteifreundes mit dem umstrittenen russischen Präsidenten erfreut sei, fügte der CDU-Politiker hinzu. Auch CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt kritisierte Schröder mit deutlichen Worten: Das Bild der Umarmung mit Putin habe bei ihr Befremden ausgelöst, teilte Hasselfeldt mit.

Schröders „Schwäche" für den russischen Präsidenten ist altbekannt: Schon vor Jahren hatte der damalige Bundeskanzler Putin als „lupenreinen Demokraten" bezeichnet. Für erste Empörung hatte Schröder dann vor wenigen Wochen gesorgt, als er diese Aussage auch im Lichte der Krim-Krise nicht revidieren wollte. **dos**

Terror der Milizen

Ukraine: Separatisten nehmen deutsche Geiseln – Weitere Sanktionen gegen Moskau

Slawjansk – Pro-russische Separatisten haben in Slawjansk eine OSZE-Beobachtergruppe zu Geiseln genommen, darunter drei deutsche Offiziere. Im Osten der Ukraine eskalieren Gewalt und Anarchie.

Jetzt betrifft die Eskalation in der Ukraine Deutschland direkt: In der ost-ukrainischen Stadt Slawjansk halten pro-russische – womöglich auch russische – Milizionäre sieben Angehörige eine Militärbeobachter-Mission der OSZE als Geiseln fest. In der von einem Deutschen geführten Beobachtergruppe befinden sich drei deutsche Offiziere. Der selbsternannte – sprich: ungewählte – „Volksbürgermeister" von Slawjansk, Ponomarjow, bezeichnete die KSZE-Offiziere zuerst als „Kriegsgefangene", dann als „Geiseln der Situation".

Beobachter in Berlin halten für möglich, dass Ponomarjow und seine maskierte Truppe die KSZE-Delegation als Geiseln und menschliche Schutzschilde gegen einen Kiewer Anti-Terror-Einsatz verwenden wollen. Zuletzt forderte Ponomarjow die Rücknahme der EU-Sanktionen gegen Russland. Die Bundesregierung appellierte an die russische Regierung in Moskau, ihren „offensichtlichen Einfluss" auf die pro-russischen Einheiten geltend zu machen, um die KSZE-Beobachter sofort freizulassen. Russland gehört der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an.

Bild: actikon press/Sazonchik Konstantin/Itar-Tass

Noch ist die Ost-Ukraine nicht verloren: Pro-ukrainische Demonstration in Donezk am 28. April.

Die OSZE-Beobachter haben Diplomatenstatus und bislang womöglich noch Glück gehabt, berichtet die britische Wochenzeitung *The Economist*: Ebenfalls in Slawjansk befragten russische Journalisten in einem besetzten Polizeigebäude gefesselte und blutende Männer mit verbundenen Augen – angeblich ukrainische Geheimdienstoffiziere –, die „medizinische Behandlung dringend nötig zu haben schienen".

Im Osten der Ukraine breiten sich Gewalt und Anarchie aus. In Slawjansk gebe es überhaupt keine Kontrolle mehr, schreibt die *Neue Zürcher Zeitung*: „In Slawjansk herrscht das Faustrecht. Prorussische Milizen terrorisieren Bürger, deren Unterstützung für die Separatisten nirgends sichtbar wird. Journalisten und lokale Beamte verschwinden spurlos, so das Blatt. Slawjansk ist eine mittelgroße, aber strategisch wichtige Stadt an der Bahnlinie vom russischen Belgorod – wo ein Großteil der potenziellen russischen Invasionstruppen stationiert ist – und Donetsk, der Hauptstadt der Region.

Unterdessen haben die EU und die USA weitere Sanktionen gegen Russland verhängt. Brüssel dehnte seine Einreiseverbote und Kontensperrungen auf 15 weitere Russen aus. Ob davon auch Familienangehörige betroffen sind, ist unklar. Washington belegte sieben russische Regierungsmitglieder mit Einreiseverboten und verhängte Sanktionen gegen 17 Unternehmen. Vier US-Senatoren der Republikaner, darunter der ehemalige Präsidentschaftskandidat John McCain, forderten in der Tageszeitung *Washington Post*, nun auch große russische Banken, Energiekonzerne und andere Sektoren der russischen Wirtschaft, „die als Instrument von Putins Außenpolitik dienen", mit Sanktionen zu belegen. **Heinrich Maetzke**

ZUR SACHE

PEINLICHER AUFTRITT

Altkanzler übernehmen normalerweise die Rolle des „Elder Statesman". Darin tragen sie in politischen Auseinandersetzungen in aller Regel zur Debattenkultur bei, weil sie den Niederungen der Politik enthoben sind und von ihrer höheren Warte manch bedenkenswerten Aspekt beisteuern.

Altkanzler Gerhard Schröder war auf diesem Gebiet bis jetzt mehr oder weniger ein Totalausfall. Eigentlich hätte man davon ausgehen können, dass der Lobbyist der russischen Energiewirtschaft niemanden mehr ernsthaft enttäuschen kann. Doch Schröder ist immer für eine Überraschung gut. Sein jüngster Auftritt in Russland war schlichtweg völlig daneben.

Anlässlich einer Feier zu seinem 70. Geburtstag in St. Petersburg lagen sich Schröder und sein Freund Putin in den Armen. Das mag in normalen, weil friedlichen Zeiten angehen – aber nicht vor dem Hintergrund der schwelenden Ukraine-Krise. Dass die selbsternannten(?) Hilfstruppen Putins auch noch deutsche OSZE-Beobachter als Geiseln nehmen, macht die Umarmung mit dem Moskauer Potentaten noch widerwärtiger.

Wann akzeptiert Schröder endlich, dass sein Amtseid immer noch nachwirkt? Altkanzler tragen auch nach ihrer Amtszeit noch Verantwortung für unser Land.

Peter Hausmann

DIE SCHARNAGL-KOLUMNE

Wilfried Scharnagl

Die Zweigleisigkeit der SPD: Trotz Großer Koalition Rot-Rot als Ziel

Die SPD fährt zweigleisig: In der Koalition mit CDU und CSU erweist sie sich als seriöser und zuverlässiger Partner, der freilich alles versucht, durch Überdehnung und Überinterpretation des Koalitionsvertrages vergessen zu machen, dass er nur der Juniorpartner im Regierungsbündnis ist und nur den Vizekanzler, nicht aber die Bundeskanzlerin stellt. Das ist das eine. Das andere: Starke Kräfte in der SPD leiden unter der von ihnen wenig geliebten und nur unter dem Zwang des Wahlergebnisses eingegangenen Allianz mit der Union. Ihr Traumziel ist und bleibt ein politisches Zusammengehen mit der aus SED und PDS hervorgegangenen Linken. Ermutigt in ihrem Bestreben sind sie dauerhaft dadurch, dass sie sich ja auf die offizielle Beschlusslage der SPD berufen können: Um die Gegner und Kritiker der politischen Zusammenarbeit mit der Union beschwichtigen zu können, hatte Sigmar Gabriel im Herbst des vergangenen Jahres den Parteitag die grundsätzliche Öffnung der SPD zur Linken beschließen lassen.

Was für eine immer noch beachtliche Zahl von klassischen und traditionellen Genossen nicht in Frage kommt, sich mit einer Partei einzulassen, deren Gründung und Tätigkeit als SED untrennbar mit der Verfolgung und Unterdrückung der SPD in der ehemaligen DDR verbunden ist, ist für die geschichtsvergessenen Linksaktivisten in der SPD längst kein Thema mehr. Dabei handelt es sich bei diesem Kreis keineswegs nur um versprengte sozialistische Minderheiten nach Art der Jungsozialisten. Vielmehr sind die entschlossenen Kämpfer für ein Bündnis mit der Linken auf höchster Führungsebene der Partei zugange. Wortführer dabei ist der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Ralf Stegner, der „die bestehenden inhaltlichen und strategischen Differenzen zwischen allen Parteien links der Union" beseitigen will, um dann endlich 2017 das ersehnte rot-rote Regierungsbündnis bilden zu können.

Das rot-rote Ziel wollen die SPD-Aktivisten bis 2017, von der Linken um Gregor Gysi wohlwollend unterstützt und willkommen geheißen, in Etappen erreichen. Hier wird die Thüringer Landtagswahl vom 16. September als erste Station in den Blick genommen. Linken-Chef Bodo Ramelow steht bereit, mit Hilfe der SPD erster Ministerpräsident in Erfurt zu werden. Er rechnet sich beste Chancen deshalb aus, weil die im Lande dauerhaft schwächelnde SPD als Koalitionspartner zur Verfügung stünde. Obwohl die CDU, die bei der letzten Wahl 2009 nur 31,2 Prozent bekam und mit der SPD (18,5 Prozent) regiert, in den aktuellen Umfragen auf 38 Prozent angestiegen ist, könnte sie bei der Suche nach einem Partner in Schwierigkeiten geraten. Darauf hofft die Linke mit Ramelow, die mit 28 Prozent rechnen darf. Zusammen mit der SPD, die in Umfragen auf 17 Prozent kommt, und mit den Grünen, denen sechs Prozent zugesprochen werden, könnte es dann für Rot-Rot-Grün reichen.

Nach der Europawahl steht die CDU also vor neuen großen Herausforderungen.

Verlag Bayernkurier - Postfach 200563 - 80005 München

4 199165 601705 20018

MELDUNGEN

MOLDAU WILL ZUR EU

Sculeni – Die Ex-Sowjetrepublik Moldau hat sich den EU-Beitritt 2019 zum Ziel gesetzt. Das sagte der moldauische Ministerpräsident Iurie Leanca bei einem Treffen mit seinem rumänischen Kollegen Victor Ponta. Die Moldau liegt zwischen Rumänien und der Ukraine und ist großteils von Rumänen bewohnt. Das abtrünnige Transnistrien will sich jedoch Russland anschließen.

POLIZEI BESORGT

Berlin – Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist bestürzt über den Anstieg der politisch motivierten Gewalt in Deutschland. Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sagte, die Entwicklung der politisch motivierten Straftaten, vor allem von Linksextremisten, spiegle auch die steigende Gewalt gegen Polizeibeamte wider. „Wir teilen die Einschätzung von Bundesinnenminister de Maizière, dass der Verlust an Respekt gegenüber unseren Kollegen nicht weiter hinnehmbar ist“, betonte Machow. Das Maß sei voll, der Gesetzgeber müsse handeln.

NEIN ZUM KOPFTUCH

Berlin – Eine knappe Mehrheit der Deutschen hält islamischen Religionsunterricht an Schulen für richtig. Etwa zwei Drittel sind für ein Studienfach islamische Theologie an deutschen Universitäten. Religiös begründete Wünsche auf eine Befreiung vom Sport- oder Schwimmunterricht werden jedoch entschieden abgelehnt. Ebenso missbilligend reagiert eine knappe Mehrheit der eingewanderten Befragten und eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf Kopftuch tragende Lehrerinnen an staatlichen Schulen. Das geht aus dem Integrationsbarometer hervor, für das 5660 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund befragt wurden.

Kampf der kalten Progression

Union will Entschärfung der heimlichen permanenten Steuererhöhung in dieser Legislatur

Berlin – CDU und CSU sind sich einig: Die ungerechte kalte Progression, die den Arbeitnehmern ihre sauer verdienten Lohnerhöhungen wegfrisst, muss weg. Ziel ist, das System der versteckten permanenten Steuererhöhungen noch in dieser Legislaturperiode abzuschaffen.

Bild: Jürgen Friedrich/action press

Goldener Dürerhase für den Kollegen: Im Sommer 2013 verlieh Markus Söder dem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble diese Auszeichnung der CSU Nürnberg. Jetzt mahnt er ihn, sich nicht auf den Rekordeinnahmen auszuruhen.

CSU-Chef Horst Seehofer versprach, die „kalte Progression anzugehen, wenn wir die Luft dazu haben“. Für die nächsten ein bis zwei Jahren sehe er allerdings kaum Spielraum.

Bayerns Finanzminister Markus Söder schlug vor, das Auslaufen des Solidarpakts 2018 zu nutzen, um die unfaire Steuermehrbelastung der Arbeitnehmer abzubauen. Der „Soli“ bringt 18 Milliarden Euro pro Jahr. Söder will die Hälfte davon für den Abbau der kalten Progression nutzen.

Söder sagte, er hoffe auf einen Einstieg in den Abbau „noch in dieser Legislaturperiode“. Er geht davon aus, dass die Steuermehreinnahmen genügend Spielraum eröffnen, gleichzeitig die Sanierung des Etats, die Modernisierung der Infrastruktur und Steuerentlastungen zu schultern.

Von Bundesfinanzminster Schäuble fordert Söder, sich nicht „auf der guten Haushaltslage auszuruhen“. Der Abbau der kalten Progression bleibe „ein Kernstück der CSU-Steuerpolitik, denn sie ist leistungsfeindlich und unfair gegenüber denen, die sich anstrengen“.

Der Abbau war Beschlusslage der christlich-liberalen Koalition. Die Bundestagsmehrheit hatte 2012 ein Gesetz beschlossen, das den Grundfreibetrag jährlich an die Inflationsrate anpasste, so dass er sozusagen mit der Einkommensentwicklung mitwuchs. Doch scheiterte dies – im Vorwahlkampf der Bundestagswahl – an den rotgrünen Ländern im Bundesrat, die ihre permanente Haushaltsnotlage ins Feld führten.

Die Abschaffung der kalten Progression solle auch das Ziel der Großen Koalition sein, meint der Bundestagsabgeordnete Reiner Meier. Der Vize-Vorsitzende der CSA sagte beim Maiempfang in Schwabach: „Da müssen wir entschlossen angreifen, gegen die Bedenken des Koalitionspartners“. Auch die Gewerkschaften sollten Unterstützung leisten, denn die kalte Progression betreffe ausschließlich Arbeitnehmer und fresse einen Großteil der jährlichen Tariferhöhungen auf. Die SPD-Forderung nach Gegenfinanzierung nannte Meier „nicht ehrlich“. Denn auch die SPD wisse, dass ein Großteil einer solchen Steuerentlastung in den Konsum fließe und damit wiederum das Steueraufkommen erhöhe.

Sogar SPD-Chef Gabriel erklärte unterdessen, eine Abschaffung der kalten Progression müsse „aufgrund der hohen Steuereinnahmen in dieser Legislaturperiode ohne Steuererhöhungen und auch ohne soziale Kürzungen möglich sein“. **Wolfram Göll**

Freundliche Übernahme?

Der Traum vom zweiten europäischen Großkonzern: Siemens greift nach Alstom

München/Paris – Es wäre der größte Deal in der noch jungen Amtszeit von Siemens-Chef Joe Kaeser, aber auch ein riskanter. Der Münchner Elektronik-Riese unternimmt einen zweiten Anlauf, den französischen Industriekonzern Alstom zu übernehmen. 2004 hatte Siemens das schon einmal vor. Im letzten Moment legte die Regierung in Paris ihr Veto ein und stieg selbst mit Milliarden bei dem angeschlagenen Konzern ein.

Dieses Mal steht die mögliche Übernahme unter einem anderen, freundlicheren Stern. Damals fürchtete Frankreich einen Ausverkauf und den Verlust vieler Arbeitsplätze. Denn die Münchner schickten sich an, nur die rentablen Bereiche Alstoms zu übernehmen. Jetzt träumen Wirtschaftsromantiker von einer deutsch-französischen Hochzeit und einem zweiten europäischen Großkonzern, der ähnlich wie Airbus Amerika das Fürchten lehrt. Gar als „Weißer Ritter“ wurde Joe Kaeser in dieser Woche schon gefeiert. Denn General Electric (GE), also der große Rivale aus Amerika, will Alstom ebenfalls übernehmen, um mit aller Macht auf den europäischen Markt zu drängen.

Rund 11 Milliarden Euro soll Siemens geboten haben, die Amerikaner 9,5 Milliarden. Details wurden zunächst nicht bekannt. Medienberichten zufolge hatte Kaeser am vergangenen Wochenende in einem Brief versichert, im Falle einer Übernahme drei Jahre auf Kündigungen in Frankreich zu verzichten. Auch das angepeilte Tauschgeschäft klang für Deutschland und Frankreich verlockend. Die Münchner könnten von Alstom das Energiegeschäft übernehmen, die Franzosen würden sich um den Bau von ICE-Zügen und Lokomotiven kümmern – das beherrschen sie wie kein anderer. Siemens hat dagegen mit seinen Gaskraftwerken weltweit eine Spitzenstellung, Alstom mit Kohlekraftwerken. Die Franzosen sind außerdem Spezialisten für die Übertragung von Energie – das käme Siemens bei dem Anschluss von Offshore-Windparks sehr zupass. Der europäische Traum von einem „Airbus für Energie“ und einem „Airbus für die Schiene“ wäre also perfekt.

Die Investoren blieben dennoch skeptisch: Zusammenschlüsse solchen Ausmaßes gelten aufgrund der unterschiedlichen Firmenkulturen als sehr schwierig. **Jörg von Rohland**

GEWINNER DER WOCHE

Wladimir Klitschko

Dass die Klitschko-Brüder keine dumpfen Haudrauf-Brüder sind, ist spätestens seit dem politischen Engagement von Vitali in der Ukraine bekannt. Doch auch sein Bruder Wladimir versteht es, wichtige Botschaften im richtigen Moment zu senden. Direkt nach seinem K.O.-Sieg am vergangenen Wochenende im WM-Kampf gegen den Australier Alex Leapai appellierte der alte und neue Schwergewichts-Champion an die Welt, die Ukraine in ihrem Kampf gegen Russland weiter zu unterstützen. Er widme seinen Sieg seinen Landsleuten, rief er den Zuschauern in Oberhausen zu. „Slawa Ukraini! – Es lebe die Ukraine!“, schrie Klitschko lauthals. Und so verlieh diesmal die politische Dimension dem Kampf Bedeutung – und nicht Klitschkos limitierter Gegner. **dos**

VERLIERER DER WOCHE

Martin Schulz

Die Sozialisten präsentieren ihn an jeder Ecke als das soziale Gewissen Europas. Europaweit kann derzeit praktisch kein Hund sein Bein heben, ohne den Ex-Bürgermeister von Würselen zu treffen. Doch was der Präsident des EU-Parlaments tatsächlich tut, wird auch in den Gazetten verschwiegen. Nicht nur, dass er Reiseabrechnungen für Wahlkampf und Parlament nicht klar trennt, wie ein offizieller Tadel des EU-Parlaments formuliert. Nicht nur, dass er den *Twitter*-Account des EP-Präsidenten für den Wahlkampf missbraucht. Sondern er ist auch zu seinen Untergebenen ein echtes Scheusal. Von Brüllorgien „Ihr seid alle unfähig! Ihr seid alle entlassen!“, berichten Brüsseler Ohrenzeugen. Sogar Schlüsselbünde soll er in Wut nach seinen Mitarbeitern werfen. So einer hat im Parlament nichts verloren. **wog**

FUNDSTÜCKE

„Unser Europaplan sagt sechsmal Ja zu Europa.“
Horst Seehofer
Bayerischer Ministerpräsident, bei der Vorstellung des Europaplans der CSU in Andechs

„Ich war von dem Umarmungsfoto sehr befremdet.“
Gerda Hasselfeldt
CSU-Landesgruppenchefin, über die Umarmung von Altkanzler Schröder und Russlands Präsident Putin zu Schröders Geburtstag

„Die zukünftigen Renten-Beitragszahler bringt nicht der Storch, sondern die kommen aus intakten Familien.“
Reiner Meier
MdB und stv. CSA-Vorsitzender, fordert beim Maiempfang der CSA eine klare Entlastung für Familien

„Es ist den Verbrauchern nicht zu vermitteln, dass sie für ihr Guthaben nur ein Prozent Zinsen bekommen, während sie für die Kontoüberziehung zehn Prozent oder noch mehr zahlen müssen. Wenn die Banken nicht selbst reagieren, müssen auch gesetzgeberische Maßnahmen erwogen werden “
Marcel Huber
Bayerischer Verbraucherschutzminister, zum Dauerärgernis der hohen Zinsen für Dispositionskredite

Beilagenhinweis

Unserer heutigen Gesamtauflage liegt eine Information von Media Markt, Ingolstadt, bei.
Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.

BAYERNKURIER

Eigentümer und Verleger – § 7 Absatz 1BayPrG
Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.,
Nymphenburger Straße 64, 80335 München

Gründungsherausgeber:
Dr. h. c. Franz Josef Strauß †

Herausgeber:
Horst Seehofer,
Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union

Chefredakteur: Peter Hausmann
(verantwortlich für den Inhalt)

Redaktion:
Florian Christner (Kultur)
Andreas von Delhaes-Guenther (Bayern),
Wolfram Göll (Deutschland),
Dr. Heinrich Maetzke (Ausland),
Jörg von Rohland (Wirtschaft),
Dominik Sauter (Medien, Reports).
eMail: redaktion@bayernkurier.de
Keine Haftung für unverlangt eingesandte Fotos, Manuskripte, Datenträger und Dokumente

Verlagsleiter: Reinhard Schaefer
Verantwortlich für Anzeigen: Karin Freese
eMail: anzeigen@bayernkurier.de
Vertriebsabteilung:
eMail: vertrieb@bayernkurier.de

Normalabonnement jährlich 75 €. Schüler-/ Studenten-/ Rentnerabonnement jährlich 40 €. Berechnung bis Ende Kalenderjahr. Die Preise verstehen sich einschließlich Mehrwertsteuer. Erfüllungsort und Gerichtsstand München. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Entschädigungsanspruch. Abonnements können schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Ende eines Vorauszahlungszeitraums gekündigt werden. Seit 1. Januar 2014 gilt Anzeigenpreisliste Nr. 34.

Kontoverbindungen:
Postbank München
IBAN: DE86700100800014048803
BIC:PBNKDEFF
Hypo Vereinsbank München
IBAN: DE46700202700000520300
BIC :HYVEDEMMXXX
Commerzbank 700
IBAN: DE39700800000498700700
BIC: DRESDEFF700

Anschrift für alle: BAYERNKURIER
Nymphenburger Straße 64,
80335 München
Telefon 089/12004-0
Telefax Redaktion 089/1293050
Telefax Verlag 089/12004-133
Postanschrift: Postfach 200563,
80005 München

Druck: Presse-Druck- und Verlags GmbH,
Curt-Frenzel-Straße 2,
86167 Augsburg

Sechsmal „Ja“ zu Europa

CSU verabschiedet Europaplan mit neuen Impulsen für die EU – Nein zu Genmais, Regulierungswut und Vollmitgliedschaft der Türkei

München – Mit dem Europaplan verabschiedete der CSU-Parteivorstand am vergangenen Wochenende das Leitpapier für die Europawahl am 25. Mai. Der Bayernkurier fasst die wichtigsten Punkte des Plans kurz und knapp zusammen.

„Mehr Bayern in Europa“: Der Europaplan der CSU liefert neue Ideen un Visionen für eine Reform der EU nach der Wahl am 25. Mai. Bild: CSU

1. Für ein Europa der Bürger

In ihrem Europaplan würdigt die CSU einmal mehr die Europäische Einigung als „das größte Friedenswerk für unseren Kontinent“. Ein Jahrhundert nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre nach Beginn des Zweiten und 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer sei die Bedeutung eines geeinten Europas deutlicher zu sehen als jemals zuvor. Allerdings fordert die CSU, die Werte und Ziele der Gründungsväter der europäischen Einigung – von Konrad Adenauer über Robert Schuman bis Franz Josef Strauß – wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Daher fordert die Partei ein „Europa der Partnerschaft und Freundschaft“. Als Beispiel nennt das Papier das neue Kapitel der Versöhnung, das der Freistaat vergangenes Jahr mit Tschechien aufgeschlagen hat. Erstmals nach dem Krieg war mit Ministerpräsident Horst Seehofer ein bayerischer Regierungschef auf Staatsbesuch in Prag gewesen.

Die von vielen kritisierte Regulierungswut der Europäischen Union ist auch der CSU ein Dorn im Auge. Man brauche künftig mehr Europa im Großen und weniger im Kleinen, stellen die Verfasser des Europaplans fest. Zusätzlich fordert die Partei die EU auf, in der kommenden Legislaturperiode keine neuen Mitgliedstaaten aufzunehmen – und auch bei der Debatte um eine EU-Mitgliedschaft der Türkei zeigt die CSU klare Kante: Die Christsozialen sind gegen eine Vollmitgliedschaft des Landes.

Außerdem fordert die CSU mehr Unterstützung für die Ukraine, um die demokratische Entwicklung dort zu fördern, aber ohne dabei EU-Beitrittsgespräche in Aussicht zu stellen, sowie mehr Einsatz, um humanitäre Katastrophen an den EU-Außengrenzen in Zukunft zu verhindern. Europa sei eine der wohlhabendsten Gegenden der Welt – der Armutsmigration müsse daher Einhalt geboten werden, das Asylrecht sei vor allem für jene gedacht, die wirklich verfolgt seien.

> So viel Europa wie nötig, so viel Bayern wie möglich

2. Für ein Europa der Bürger

In ihrem Europaplan stellt die CSU fest, die europäische Einigung sei bislang ein Projekt politischer Eliten und Führungsebenen gewesen. Nun aber müsse daraus ein Projekt der Bevölkerung werden. Statt immer mehr Europa brauche man vor allem ein besseres Europa. Einen wichtigen Punkt sieht die CSU darin, in Zukunft in Deutschland Volksabstimmung über wichtige europäische Sachverhalte abhalten zu können. Außerdem solle das Europäische Parlament künftig nur noch einen statt bisher zwei Standorte haben und die Bevölkerung ihre Europaparlamentarier direkt wählen können.

Zusätzlich fordert die CSU eine Verschlankung der EU: Die Zahl der EU-Kommissare soll halbiert und die Union als solche unbürokratischer werden. Um Kompetenzstreitigkeiten zwischen Landes- und Staatsregierungen und der EU künftig zu vermeiden, solle ein „Kompetenzgerichtshof“ eingerichtet werden, damit die EU ihre Kompetenzen nicht überschreitet.

3. Für ein Europa der Regionen

Die CSU fordert ein Europa, „das die Länder und Regionen respektiert“. Sie müssten auch in einer reformierten EU ihren festen Platz haben. Dabei wollen die Christsozialen „so viel Europa wie nötig und so viel Bayern wie möglich“. Einem „Zentralstaat Europa“ erteilt die Partei eine klare Absage. Außerdem fordert die CSU einen Zuständigkeitsstop für die EU: In der kommenden Legislaturperiode soll es keine weiteren Kompetenzverlagerungen nach Brüssel geben – vielmehr sollen Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückgegeben werden. Bei wichtigen europäischen Vorhaben sollen die nationalen Parlamente zusätzliche Kontrollrechte erhalten, der „Ausschuss der Regionen“, der die politische und kulturelle Vielfalt Europas fördert, soll weiter gestärkt werden.

4. Für ein Europa der Stärke

In einem geeinten Europa sollen nach dem Wunsch der CSU wirtschaftliche Stärke gefördert und Arbeitsplätze geschützt werden. Dazu zählt vor allem die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der gesamten EU. Als innovatives Industrieland profitiere Deutschland in besonderem Maße von den zahlreichen Fachkräften in Europa. Diese müssten künftig aber noch stärker genutzt und gefördert werden.

> Die EU muss sich zu ihren christlichen Werten bekennen

Die Bezeichnung „Made in Germany“ will die CSU ebenfalls beibehalten. Deutschland dürfe wegen seiner wirtschaftlichen Stärke nicht an den Pranger gestellt oder sogar gebremst werden. Außerdem fordert der Europaplan effektive Datenschutzrichtlinien und unterstützt die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA. Dennoch positioniert sich die CSU bei der von der EU geplanten Zulassung von US-amerikanischem Genmais ganz klar: „Wir wollen, dass unsere Heimat gentechnikfrei bleibt“, heißt es dazu im Europaplan.

5. Für ein Europa der Stabilität

Die CSU will den Weg Europas hin zu einer Stabilitätsunion weiter vorantreiben. Die EU dürfe nicht zur „Schuldenunion“ verkommen, die Stabilitätskrierien müssten von allen Mitgliedstaaten eingehalten werden. Schuldenstaaten sollten auch weiterhin nur Hilfsleistungen erhalten, wenn sie gleichzeitig Reformen durchsetzen. Ein Land, dass die Stabilitätskriterien dauerhaft nicht erfüllt, soll die Eurozone künftig verlassen können. Die EZB solle ihre Ankaufprogramme maroder Staatsanleihen unverzüglich einstellen. Für die deutschen Sparer stellen die Christsozialen fest: Deutsche Banken und Sparer dürfen nicht zur Haftung für andere europäische Banken herangezogen werden.

6. Für ein Europa der Vielfalt und der Werte

Die christlichen Werte sind das Fundament der Europäischen Union. Die CSU fordert, dass sich die EU stärker zu dieser christlich-abendländischen Kultur und dem Humanismus bekenne. Europa müsse „Ehrfurcht vor dem Leben zeigen“. Vorschlägen wie der Legalisierung der aktiven Sterbehilfe erteilt die Partei eine klare Absage. Außerdem solle die EU ihre kulturelle und sprachliche Vielfalt achten. Zusätzlich müsse in den EU-Institutionen mehr deutsch gesprochen werden – immerhin ist Deutsch die meistgesprochene Muttersprache in Europa.

Dominik Sauter

Mehr Europa –weniger Zentralismus

Parteivorstand beschließt Europa-Plan – Umfragen sehen CSU bei 49 Prozent

Andechs – „Die CSU sagt in ihrem Europa-Plan sechsmal Ja zu Europa“, hielt der CSU-Vorsitzende allen Kritikern entgegen, die schon im Vorfeld der Klausurtagung des Parteivorstands auf dem „heiligen Berg“ von Andechs versuchten, die CSU in die Ecke der Europafeinde zu drängen. Völlig unbeeindruckt von den Vorwürfen verabschiedete der Vorstand das Programm für die Wahlen zum Europaparlament ohne Gegenstimme.

Auch andere Spitzenpolitiker der CSU wiesen die Kritik, die vereinzelt auch aus den Reihen der Schwesterpartei CDU kam, deutlich zurück. Markus Ferber, der Spitzenkandidat für die Europawahlen am 25. Mai, stellt fest: „Die CSU ist keine europafeindliche Partei. Wir kritisieren nicht die europäische Idee, sondern die Kommission. Wer in Deutschland die Bundesregierung kritisiert, ist ja schließlich auch kein Anti-Deutscher.“ Europa solle groß im Großen, aber großzügig im Kleinen sein, ergänzte Ferber. „Europa muss sich um den Datenschutz, die Außenpolitik und den Klimaschutz kümmern, aber nicht um Duschköpfe und Ölkännchen.“

Thomas Kreuzer, der Fraktionsvorsitzende der CSU im Landtag, stellte die Frage, wer sonst kritische Stimmen aufgreifen solle, wenn nicht die Volksparteien. „Wer das nicht macht, ignoriert das Volk.“, erklärte Kreuzer und stellte fest, die konstruktive Kritik der CSU sei nicht europafeindlich, sondern genau das Gegenteil.

Mit Blick auf kritische Stimmen aus den Reihen der CDU stellte CSU-Chef Horst Seehofer fest, dass die CSU „mit der Kanzlerin bestens“ zusammenarbeite. Es sei „sehr natürlich“, dass eine europäische Partei wie die CSU der bayerischen Bevölkerung erkläre, was in den nächsten Jahren passieren müsse, damit Europa noch besser werde und auch in die Herzen der Menschen komme.

Ein Blick auf die jüngsten Umfrageergebnisse, die eine Zustimmung von 49 Prozent für die CSU notieren, ergibt ein starkes Indiz für die Richtigkeit des Kurses von Horst Seehofer und seiner CSU.

Der CSU-Vorstand bei seiner Andechser Klausurtagung. Bild:CSU / fkn

Neben dem Schwerpunkt Europa befassten sich die Vorstandsmitglieder mit der Armutsmigration in der EU und dem Schutz der deutschen Sozialsysteme. Die CSU hatte diese Diskussion auf der traditionellen Kreuther Klausurtagung ihrer Landesgruppe im Bundestag angestoßen. Daraus entstand ein Staatssekretärsausschuss, der sich mit dem Monitum der CSU und dem Hilferuf vieler Kommunen auseinandersetzt. Jetzt sind die ersten Konsequenzen gezogen worden, wie die Beschleunigung der Asylverfahren für Menschen aus „sicheren Staaten“.

Traditionell kann der CSU-Vorstand bei seinen Klausurtagungen bekannte Persönlichkeiten begrüßen. Diesmal diskutierten Horst Seehofer und sein Vorstand mit Siemens-Chef Joe Kaeser über aktuelle Themen. Im Mittelpunkt von Kaesers Vortrag standen die Ukraine-Krise und die Energiewende.

Peter Hausmann

Darkroom in der fünften Klasse?

Sogar die *SZ* mokiert sich über Gender-Ideologen, die Schulkinder indoktrinieren wollen

Berlin – Für Kopfschütteln sorgen immer neue Initiativen, meist von Gender-Lobbyisten, die mit „dekonstruktivistischen" Unterrichts-Leitfäden versuchen, Schülern ihre Weltsicht aufzuzwingen. Nach deren Konzeption sollen schon 13-Jährige von ihrem „ersten Analverkehr" berichten, schwul-lesbische Bordelle konzipieren oder pantomimisch „Sado-Maso" darstellen. Die natürlichen Schamgrenzen der Schulkinder sind den Initiatoren offensichtlich egal.

Bild: Oksana Kuzmina/fotolia/fkn

Schüler der fünften Klasse. Sollen sie künftig pantomimisch „Sado-Maso" und „Darkroom" nachspielen müssen?

Es ist ausgesprochen vielsagend, dass sich ausgerechnet die linksliberale *Süddeutsche Zeitung* über die Frühsexualisierung der Schulkinder durch Gender-Ideologen beschwert – in einem Feuilleton-Aufmacher unter der Überschrift „Was sie nie über Sex wissen wollten". Der Verfasser zählt eine ganze Reihe kranker Vorschläge für Unterrichts-Übungen auf.

So schlage das Standardwerk „Sexualpädagogik der Vielfalt" (2012) von Elisabeth Tuider, Professorin für „Soziologie der Diversität" in Kassel, vor, dass 15-jährige Schüler ein schwul-lesbisches Bordell konzipieren, wo sich unter anderem Mosleminnen, Nonnen und Transvestiten miteinander vergnügen können. 14-Jährige sollen spielerisch Gegenstände ersteigern wie Vaginalkugeln, Handschellen und Potenzmittel sowie entscheiden, ob Lederpeitschen und „Taschenmuschis" zu ihrer Sexualität gehören.

Der Gipfel: 13-Jährige sollen laut Elisabeth Tuiders Buch vor der ganzen Klasse über ihr „erstes Mal Analverkehr" berichten. Der *SZ*-Autor fasst zusammen: „Muss man ein verklemmter, pietistischer und homophober Spießer sein, wenn man sein Kind nicht mit allergrößter Begeisterung in diese Art von Unterricht schicken möchte?" Er nennt es schlicht „aufdringlich", wenn „Pädagogen alle gendertheoretischen Denkübungen aus dem soziologischen Seminar einfach mal so an ihren Schülern ausprobieren".

> **Müssen 13-jährige vor der Klasse über das „erste Mal Analverkehr" berichten?**

Wer solches Zeug nur als Werk kranker Gehirne von „dekonstuktivistischen" Pseudo-Pädagogen abtun will, dem sei ein Blick nach Berlin empfohlen. Da hat der Senat für Schulen eine Handreichung „Lesbische und schwule Lebensweisen" online gestellt. Darin wird empfohlen, Schüler der Sekundarstufe I und II, also ab der fünften Klasse, sollten in einer „Scharade" pantomimisch „Orgasmus", „Sado-Maso" und „Darkroom" darstellen. In Rollenspielen sollen sie ein schwul-lesbisches Coming-Out während des Abendessens üben. Pädophiler Missbrauch von männlichen Jugendlichen wird verharmlost mit Verweis auf Texte Catulls. Das erinnert stark an die Ausreden Sebastian Edathys. Man kann nur hoffen, dass Schulleiter und Lehrer klüger sind als der Berliner Senat.

An bayerischen Schulen jedenfalls hält derlei Schamgrenzen verletzende Gender-Pädagogik keinen Einzug, betont Kultusminister Ludwig Spaenle. „In der schulischen Familien- und Sexualerziehung sind die religiösen Empfindungen sowie das Persönlichkeitsrecht des einzelnen Menschen, insbesondere der schutzwürdige Intimbereich, ganz besonders zu achten. Die Familien- und Sexualerziehung fordert daher eine sensible, objektive, ausgewogene und entwicklungs- und altersgemäße Darstellung." Dabei wird die Vielfalt an Lebenswirklichkeiten der Menschen im Unterricht und in Schulbüchern durchaus abgebildet. „Lebenswirklichkeit bezieht sich dabei auf Menschen, die in der traditionellen Familienform leben, wie auch auf Menschen, die sich für andere Lebensformen entschieden haben." Dabei stehe die Achtung vor der Würde des Menschen über allem, so Spaenle.

Der Bildungsexperte der Bundestags-CSU, Albert Rupprecht, betont, im Sexualkunde-Unterricht müsse „deutlich werden, dass Sexualität mit Liebe, Verantwortung und Respekt verbunden sein muss. Der Schutz der körperlichen Intimsphäre, der auch das individuelle Schamgefühl umfasst, gehört zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht eines Kindes und ist unbedingt durch die Schule und Lehrkraft zu achten." Fragen wie nach dem „ersten Mal Analverkehr" sind nach Rupprechts Überzeugung „schon einem Erwachsenen nicht zumutbar, Kindern erst recht nicht". Für ihn ist der Begriff „Sexualpädagogik der Vielfalt" ein „Ausdruck der Gender-Ideologie". Der Unterricht müsse aber „ideologiefrei bleiben", so Rupprecht. **Wolfram Göll**

Datenspeicherung nötig

Unerlässlich auch für Jagd auf Kinderpornos

Berlin – Die CSU fordert die rasche Einführung einer sicheren Rechtsgrundlage für die Speicherung von Internet- und Telefon-Verbindungsdaten von drei Monaten. Der Zugriff soll nur nach richterlichem Beschluss erlaubt sein. Unter anderem für die Bekämpfung schwerer Verbrechen wie Terrorismus und Kinderpornographie ist die Speicherung unerlässlich.

Volker Ullrich

„Vorratsdatenspeicherung hilft, Verbrechen zu bekämpfen. Wir sind es den Opfern von Kinderschändern und Terroristen schuldig, bei schwersten Straftaten die Mittel des Rechtsstaates effektiv einzusetzen", betont Volker Ullrich (CSU), zuständiger Berichterstatter im Bundestags-Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz. Bei Kinderpornographie und besonders schwerem Computer- und Subventionsbetrug seien Kriminalbeamte laut einer BKA-Studie von 2012 besonders auf die gespeicherten Verbindungsdaten angewiesen. Dabei würden nur wenige Daten abgefragt und keine Inhalte von Telefonaten und E-Mails preisgegeben, so Ullrich.

Auch ein Papier der CSU-Vorstandsklausur in Andechs fordert eine Speicherfrist von drei Monaten nach richterlicher Anordnung, unabhängig vom Dienste-Anbieter. Dies liege in dem vom Verfassungsgericht ausdrücklich anerkannten Rahmen und entspreche dem Koalitionsvertrag. **wog**

Gegen den Missbrauch

CSU-Erfolge – EU-Armutsmigration

Andechs – Die CSU setzt sich für strengere Regeln bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa ein, um Armutszuwanderung in einzelne Länder zu unterbinden. Dabei zeigen sich Erfolge: Auf die Initiative der CSU hat in Berlin ein Staatssekretärs-Ausschuss getagt, der in ersten Handlungsempfehlungen mehrere Vorschläge der CSU aufgreift. Dies listet die Vorlage „Missbrauch der Europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit verhindern" auf, die Diskussionsgrundlage des CSU-Vorstands in Andechs war.

Darüber hinaus fordert die CSU eine „eindeutige europarechtliche Absicherung" für Leistungsausschlüsse für arbeitslose Unionsbürger in den ersten drei Monaten in Deutschland. Dies soll auch im nationalen Recht klargestellt werden. Außerdem soll „für das Fortbestehen des Freizügigkeitrechts eines Unionsbürgers eine mindestens zweimonatige Tätigkeit als Arbeitnehmer vorausgesetzt" werden. Wollen sich Selbstständige in einem anderen EU-Land niederlassen, sollen sie künftig einen Mindestumsatz nachweisen müssen. Die CSU verlangt, dass Eltern, deren Kinder nicht in Deutschland leben, in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts kein Kindergeld erhalten. **wog**

CSU LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

AUS DER LANDESGRUPPE

IN AFRIKA

Die CSU-Landesgruppe hat die Osterzeit genutzt, um eine außen- und entwicklungspolitische Delegationsreise in drei Länder Afrikas zu unternehmen: Ägypten, Kenia und Kamerun. Unter Leitung der Landesgruppenvorsitzenden **Gerda Hasselfeldt** (Bild 3.v.r.) waren die neugewählten Abgeordneten **Andrea Lindholz**, **Wolfgang Stefinger**, **Alois Rainer** sowie der langjährige Unionsfraktionsvize und Entwicklungsexperte **Christian Ruck** (v.l.) unter anderem beim Kamerunischen Finanzminister **Alamine Ousmane Mey** (Mitte) zu Gast – verstärkt durch den außenpolitischen Koordinator der Landesgruppe, **Lothar Müller** (3.v.l.), und den deutschen Botschafter in Kamerun, **Karl-Ludwig Keferstein** (r.). Anlass für die Reise war, sich vor dem Hintergrund der neuen Afrika-Strategie des CSU-geführten Entwicklungsministeriums ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Auf dem Programm standen Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern und Vertretern internationaler Organisationen sowie der Besuch deutscher Entwicklungshilfeprojekte. „Alle drei Länder, die wir besucht haben, stehen vor enormen Herausforderungen", bilanziert Gerda Hasselfeldt. „Ägypten sieht sich gegenwärtig mit einer institutionellen Krise konfrontiert. Das hat spürbare negative Auswirkungen auf die Situation der Minderheiten, der Rechtsstaatlichkeit und auch der Wirtschaft." Die politische Führung sei gefordert, schnellstmöglich Reformen einzuleiten. „Den Lippenbekenntnissen zu Freiheit und Demokratie müssen auch Taten folgen. Massenhafte Todesurteile gegen Muslimbrüder im Schnellverfahren und Strafverfahren gegen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung sind fatale Signale und verschärfen die Spaltung des Landes", so Hasselfeldt. Das habe sie klar angesprochen und auf Veränderungen gedrängt. In Ägypten und Kenia sei die aktuelle Sicherheitslage in den Nachbarstaaten ein zentrales Thema. „Beide Länder stehen angesichts der Flüchtlingsströme aus Syrien und Somalia vor großen Herausforderungen." Lösungen könne ein integrierter Ansatz bieten, so Hasselfeldt: „Wir müssen sowohl in den Herkunftsländern auf eine Verbesserung der Situation hinarbeiten, als auch Anlaufstaaten auf dem afrikanischen Kontinent bei der Aufnahme von Flüchtlingen unterstützen." Das Uno-Flüchtlingswerk leiste in beiden Ländern wichtige Arbeit, die Deutschland weiter unterstützen solle. Hoffnung mache die positive wirtschaftliche Entwicklung in Kenia und Kamerun. In Kamerun gab der langjährige CSU-Abgeordnete Christian Ruck einen Einblick in seine neue Tätigkeit als Leiter der KfW-Programme vor Ort. Der Münchner Abgeordnete Wolfgang Stefinger fordert, dass Deutschland und die EU ihre Entwicklungs-Anstrengungen weiter ausbauen. Besonders wichig sei ihm die Situation der Flüchtlinge. Ziel müsse sein, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern, damit die Menschen eine Perspektive hätten und in ihrer Heimat bleiben könnten. Er regte die Schaffung eines deutsch-afrikanischen Jugendwerkes nach dem Vorbild des 1963 gegründeten deutsch-französischen Jugendwerkes an.

Bild-CSU-Landesgruppe/fkn

BEI DER WELTBANK

Bild: CSU/fkn

Für ein stärkeres Engagement der Weltbank in Sachen Landwirtschaft plädierte Entwicklungs-Staatssekretär **Thomas Silberhorn** (l.) bei der Frühjahrstagung der Weltbank-Gouverneure in Washington. „Hier kann die Weltbankgruppe noch mehr tun, um extreme Armut und Hunger zu bekämpfen." Dem Weltbank-Präsidenten **Jim Yung Kim** (r.) sicherte Silberhorn die Unterstützung Deutschlands für den Reformkurs zu.

Schlüssel zum Erfolg

1244 Polizisten in Nürnberg vereidigt

Nürnberg – 1244 junge Polizistinnen und Polizisten legten feierlich ihren Amtseid in Nürnberg ab. Der Polizeiberuf ist laut Innenminister Joachim Herrmann nach wie vor für junge Menschen sehr attraktiv. „Der Polizeiberuf ist kein Beruf wie jeder andere. Er ist Dienst vom Menschen am Menschen. Der Schutz und die Hilfe für die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft, der Beistand für die Opfer und die Sorge um Gerechtigkeit müssten für Sie stets im Vordergrund stehen.“ Die 294 Frauen und 950 Männer, die ihren Dienst an sieben Ausbildungsstandorten bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei angetreten haben, fänden eine gute Bilanz der mehr als 40000 Mitarbeiter vor: Eine hervorragende Sicherheitslage mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung und einer sehr hohen Aufklärungsquote im bundesweiten Vergleich. „Bürgernähe ist der Schlüssel zum Erfolg. Sie fördert die Akzeptanz für die Maßnahmen unserer Polizei“, so Herrmann. Während in anderen Bundesländern Personal abgebaut werde, „konnten wir in den letzten fünf Jahren rund 6500 Vollzugsbeamte neu einstellen – deutlich mehr als in den Ruhestand gegangen sind“. **BK**

Bild: PVZ Bepo/fkn

Nicht unausweichlich

Kampagne: „Bayern gegen den Schlaganfall“

München – Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hat in der Münchner Allianz Arena vor rund 70000 Fußballfans vor einer Unterschätzung des Schlaganfallrisikos gewarnt. Huml betonte: „Auch junge Menschen können betroffen sein. Jährlich erleiden allein in Bayern mehr als 50000 Menschen einen Schlaganfall. Das ist aber kein unausweichliches Schicksal.“ Anlass für den Auftritt der Ministerin vor dem Spiel des FC Bayern München gegen Werder Bremen war der Start der Kampagne „Bayern gegen den Schlaganfall“. Die Schirmherrschaft hat Ministerpräsident Horst Seehofer übernommen. Mögliche Anzeichen für einen Schlaganfall sind Taubheitsgefühle oder Sehstörungen. „Wer dann gleich zum Arzt geht, kann oft das Schlimmste noch verhindern“, so Huml. Hauptrisikofaktor beim Schlaganfall ist Bluthochdruck. Wichtig sind darum neben dem Verzicht aufs Rauchen eine richtige Ernährung und reichlich Bewegung. **BK**

Bild: StMGP

Huml und Stadionsprecher Lehmann.

Das Volk befragen über wichtige Vorhaben von landesweiter Bedeutung. Bild: Fotolia/Christian Schwier

Mehr Demokratie

Bayern: Grünes Licht für Volksbefragungen über wichtige Vorhaben

München – Der Ministerrat hat grünes Licht für die Einführung von Volksbefragungen zu Vorhaben von landesweiter Bedeutung gegeben.

Ministerpräsident Horst Seehofer hatte dies in seiner Regierungserklärung am 12. November 2013 angekündigt. Der Gesetzentwurf wird nun dem Landtag vorgelegt. „Mit der Volksbefragung schaffen wir ein Mehr an demokratischer Mitwirkung. Wir schaffen ein neues Instrument lebendiger Demokratie. Die Bürger werden durch die Volksbefragung noch wesentlich stärker in den politischen Prozess eingebunden als bisher“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. Die Volksbefragung werde politische Kraft entfalten, auch ohne rechtliche Verbindlichkeit – die ist nämlich nicht vorgesehen. Denn die Volksbefragung in dem vorgesehenen festen Verfahrensablauf habe weit mehr Legitimität als bloße demoskopische Umfragen. Ihrem Ergebnis komme dadurch eine nicht zu unterschätzende politische Verbindlichkeit zu.

„Bayern wird das erste Land in Deutschland sein, in dem Volksbefragungen möglich sind. Mit plebiszitären Elementen, die zum Wesenskern unserer Bayerischen Verfassung gehören, haben wir hervorragende Erfahrungen gemacht“, betonte Herrmann. Staatsregierung und Landtag würden künftig in ihrer Entscheidungsfindung etwa zu bedeutsamen Großprojekten durch das Volk nicht nur unterstützt – durch ein positives Votum könnten solche Projekte auch zusätzliche Legitimation erfahren.

> **Bayern wird das erste Land in Deutschland sein, in dem Volksbefragungen möglich sind**

„Vorhaben von landesweiter Bedeutung, die zukünftig zum Gegenstand von Volksbefragungen gemacht werden können, sind zum Beispiel Vorhaben zur Herstellung und Sicherung einer für Bayern insgesamt relevanten Verkehrsinfrastruktur“, erläuterte der Innenminister. Volksbefragungen sollen nur gemeinsam von Landtag und Staatsregierung initiiert und beschlossen werden können. „Dies schließt einen unzulässigen Eingriff in die jeweilige Kompetenz des anderen Verfassungsorgans von vorneherein aus“, ist Herrmann überzeugt.

Volksbefragungen sollen weitestgehend nach den Regeln eines Volksentscheids, unter Beachtung der Wahlrechtsgrundsätze, durchgeführt werden. **BK**

Der Gesetzentwurf ist abrufbar unter: *www.stmi.bayern.de.*

BAYERN-TICKER

NEUER KONZERTSAAL

„Ein neuer und zusätzlicher Konzertsaal in München ist vertretbar und sinnvoll“, stärkte Kunstminister Ludwig Spaenle die Position des Chefdirigenten des *BR*-Symphonieorchesters, Mariss Jansons. Der zusätzliche Saal diene nicht nur als Heimat des Orchesters, sondern könne auch für andere hochrangige Events genutzt werden. „Ich habe deshalb die frühere Arbeitsgruppe wieder eingesetzt, um geeignete, auch bisher noch nicht in der Öffentlichkeit diskutierte Standorte zu prüfen“, so Spaenle.

SCHULFRÜHSTÜCK

In den nächsten drei Schuljahren soll es modellhaft an bis zu 120 Grund- und Förderschulen ein betreutes Frühstücksangebot geben, das pro Schuljahr etwa 4800 Schulkinder erreicht. „Ein Frühstück ist für Kinder eine wichtige Voraussetzung, um optimal in den Schultag zu starten. Kinder kommen jedoch immer häufiger ohne Frühstück in die Schule. Dahinter stehen oft finanzielle Gründe oder soziale Belastungen im Elternhaus“, sagte Familienministerin Emilia Müller.

BAYERN-ZAHL DER WOCHE

140

vollstationäre Behandlungen wegen der Tropenkrankheit Malaria wurden 2012 in bayerischen Krankenhäusern durchgeführt – 54 Prozent weniger als vor zwölf Jahren.

CSU FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG — AUS DER LANDTAGSFRAKTION

GRENZWERT

In einem Landtagsantrag fordern mehrere Abgeordnete, ein prophylaktisches Verbot des als krebserregend und die Fruchtbarkeit beeinträchtigend geltenden Weichmachers „Bisphenol A“ (BPA) in Kinderspielzeug zu prüfen. Neben Plastik findet sich der Stoff auch auf Thermopapier von Kassenzetteln und der Innenbeschichtung von Konservendosen. Er steht auch in Verdacht, Fettleibigkeit, Diabetes und Herz-Kreislauferkrankungen zu fördern sowie den Hormonhaushalt zu stören. Mehrere Film-Dokumentationen bei *ARD* und *arte* zeigten, wie wissenschaftliche Erkenntnisse zu BPA von der Lebensmittelindustrie zurückgehalten werden. Nun fordern die CSU-Abgeordneten **Otto Hünnerkopf** (o.), **Klaus Holetschek**, **Volker Bauer**, **Gudrun Brendel-Fischer**, **Kerstin Schreyer-Stäblein**, **Ludwig Freiherr von Lerchenfeld**, **Eric Beißwenger**, **Michael Brückner**, **Ute Eiling-Hütig**, **Alexander Flierl**, **Thomas Goppel**, **Jürgen Baumgärtner**, **Martin Huber**, **Hermann Imhof**, **Sandro Kirchner**, **Anton Kreitmair**, **Hans Ritt**, **Tanja Schorer-Dremel**, **Harald Schwartz**, **Bernhard Seidenath** (u.), **Helmut Radlmeier** und **Steffen Vogel** die Staatsregierung auf, sich

auf Basis der aktuellen wissenschaftlichen Informationen neben dem Verbot auch für verbindliche europäische Regelungen für BPA in Kinderspielzeug einzusetzen. Zudem sollte darauf hingewirkt werden, dass die Erforschung und Entwicklung unbedenklicher Stoffe für die Verwendung in Spielzeug vorangetrieben werden. Seit 2011 ist die Produktion und der Verkauf von Babyflaschen aus Polycarbonat, die BPA enthalten, in der EU verboten. 2014 hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA empfohlen, den bisherigen täglichen Grenzwert von 0,05 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht auf einen vorläufigen Wert von 0,005 mg/kg Körpergewicht abzusenken.

WICHTIGE KLAMMER

Auf der Insel Borkum (Niedersachsen) wurde Fraktionschef **Thomas Kreuzer** (2.v.r.) zum stellvertretenden Vorsitzenden der

Bild: CSU

Konferenz der Fraktionsvorsitzenden von CDU und CSU (FVK) gewählt. Die Fraktionsvorsitzenden wählten Kreuzer auf ihrer Tagung einstimmig zu ihrem Vize-Chef. **Mike Mohring** (2.v.l.), der thüringische CDU-Fraktionsvorsitzende und FVK-Vorsitzende, sowie die stellvertretenden CSU-Fraktionschefs **Kerstin Schreyer-Stäblein** (l.) und **Josef Zellmeier** (r.) gratulierten Kreuzer. Die Konferenz dient dem regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch der Unionsfraktionen des Europäischen Parlaments, des Bundestags und der 16 Landtage. „Die FVK ist eine wichtige Klammer aller Länder, egal ob Unions- oder SPD-regiert, und der Länder mit der bundes- und europapolitischen Ebene. Hier wurden schon viele konstruktive Vorschläge für Herausforderungen erarbeitet, bei denen sich andere Gremien festgefahren hatten. Deshalb ist es eine Ehre für mich, dieses Gremium gemeinsam mit meinem Kollegen aus Thüringen leiten zu dürfen“, erklärte Kreuzer nach seiner Wahl.

ERHÖHT

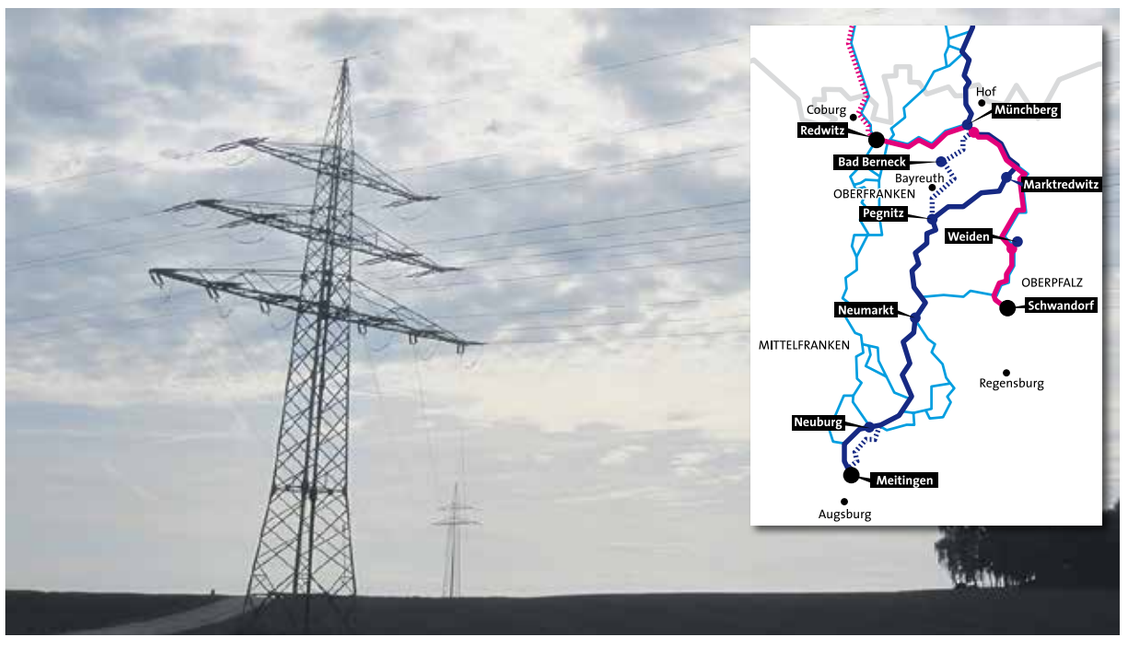
Der Freistaat Bayern steckt mehr Geld in die Jugendarbeit. Im Nachtragshaushalt sind die für Jugendarbeit vorgesehenen Mittel um 1,33 Millionen auf knapp 25 Millionen Euro erhöht worden. Dafür haben sich erfolgreich der jugendpolitische Sprecher **Gerhard Hopp** (o.), der Vorsitzende der Jungen Gruppe, Martin Huber (r.), sowie dessen Stellvertreter **Hans Reichhart**, zugleich JU-Landesvorsitzender, eingesetzt. „Die Träger der Jugendarbeit sehen sich vor neuen und wachsenden Herausforderungen: Den Veränderungen durch den demographischen Wandel, dem Umgang mit den neuen Medien oder der zunehmenden Drogenkriminalität besonders im ostbayerischen Raum. Auf diese Fragen mit einer verstärkten Jugendarbeit zu reagieren, ist der richtige Weg“, erklärte Hopp. „In Anbetracht des Ziels eines ausgeglichenen Haushalts ist das keineswegs selbstverständlich, aber dieses Geld ist gut angelegt, weil es hilft, spätere Reparaturkosten zu vermeiden. Abgesehen davon, dass wir diese Debatte nicht nach

Wirtschaftlichkeitsberechnungen führen“, ergänzte Huber. „Wir wissen, wie wichtig die größtenteils ehrenamtlich geleistete Jugendarbeit für unsere Gemeinschaft ist, weil sie die persönlichen und sozialen Kompetenzen junger Menschen stärkt“, sagte Reichhart.

Monster am Horizont

Quer durch Bayern organisiert sich Widerstand gegen die geplante Stromtrasse aus Sachsen-Anhalt bis Meitingen

Neumarkt – Die geplante Stromtrasse durch die nördliche Oberpfalz sorgt weiter für Ärger in der Bevölkerung.



70 Meter hohe Stahlgerüste sind keine Augenweide. Rechts die Varianten der Trasse Süd-Ost. Bild: avd; Karte: BK

„Da sehe ich kaum noch Realisierungschancen", beruhigte Ministerpräsident Horst Seehofer. Es gebe frei werdende Stromleitungen über 6000 Megawatt von und nach Bayern, die bisher für Atomstrom genutzt werden. Er hält die Trasse wegen veränderter Rahmenbedingungen für „nicht mehr notwendig" und will sie mit allen Mitteln verhindern. Doch Betreiber Amprion sagt, dass nach wie vor der Bedarf für die Trasse besteht. Ohne diesen Netzausbau könne der Atomausstieg nicht gelingen, sei die Versorgungssicherheit und Netzstabilität gefährdet. Auch Bundesenergieminister Sigmar Gabriel (SPD) ist dieser Ansicht. Aus Sicht von Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner würde es ausreichen, ein weiteres Gaskraftwerk zu genehmigen – doch dagegen wehrt sich wiederum die Bundesnetzagentur.

Die Gegner der „Gleichstrompassage Süd-Ost" drohen mit einem „zweiten Wackersdorf", es gab Fackelzüge, Plakate, Trillerpfeifenkonzerte und Sprechchöre. Am 17. Mai soll es in Nürnberg eine große Demonstration geben. „Wir werden unsere Heimat nicht für diese Monstertrasse opfern", sagt der Bürgermeister des oberfränkischen Ortes Himmelkron, Gerhard Schneider. Die Bürger fürchten wenig erforschte Gesundheitsgefahren, zerstörte Landschaft und Wertminderungen ihrer Häuser. Die 450 Kilometer lange Stromautobahn von Sachsen-Anhalt nach Meitingen bei Augsburg mit 70 Meter hohen Masten und 500-Kilo-Volt-Hochspannungsleitungen könnte je nach Verlauf durch verschiedene Kreise Oberfrankens, der Oberpfalz, Mittelfrankens, des nördlichen Oberbayerns und Schwabens führen. Derzeit stehen noch mehrere Varianten zur Debatte. Es gibt aber eine Vorzugsvariante.

Verärgert sind Bürger und Politiker auch darüber, dass sie Netzbetreiber Amprion „überfahren" hat, ohne sie vorher einzubinden. Das wurde besser: Bis 28. Mai haben die Gemeinden nun Zeit, sich zum Trassenverlauf zu äußern. „Diese Transparenz hätten wir uns schon früher gewünscht", sagt Horst Kratzer, Bürgermeister von Postbauer-Heng bei Neumarkt. Das Ziel ist für ihn dennoch: „Wir wollen die Trasse verhindern – weil auch namhafte Wissenschaftler sagen, dass sie nicht notwendig ist." Zudem sind laut Bürgermeister Alois Scherer aus dem Nachbarort Deining die geplanten Trassenverläufe „menschenfeindlich" geplant – weil Amprion zwar Konflikte mit Natur- und Artenschutz meidet, aber die Menschen ignoriert. Auch würde die Passage Südost hauptsächlich Braunkohlestrom aus dem Osten transportieren. „Nahe dem Einspeisepunkt Bad Lauchstädt werden bei Profen neue Kohlekraftwerke geplant", sagt Kratzer. Der Widerstand sei „nicht das Prinzip: nicht vor meiner Haustür", sondern aus den genannten Gründen ein überparteilicher Schulterschluss von Oberfranken bis Schwaben. Durch Postbauer-Heng laufen zudem schon eine 220 kV-Leitung, die demnächst zu 380 kV verstärkt werden soll, sowie zwei 110 kV-Leitungen. „Diese Trassen kreisen uns ein und beschränken die räumliche Entwicklung unseres Dorfes", moniert Kratzer. Und er sagt wie Amtskollege Schneider klar, warum die Nordbayern das Projekt auch ablehnen: „Unser Landkreis hat viele Windräder aufgestellt und Photovoltaikanlagen, über 60 Prozent unseres Stroms kommen aus regenerativer Energie! Die Trasse ist für Südbayern, wo weniger dieser Anlagen stehen. Aber wir leiden darunter." avd

Einer der Besten

Ingolstadt – Ehrung für Ingolstadts scheidenden Oberbürgermeister Alfred Lehmann (Bild, l.): Mit einem Festakt im Stadttheater wurde dem OB nach zwei erfolgreichen Amtsperioden der Ehrentitel „Altoberbürgermeister" verliehen. Ministerpräsident Horst Seehofer (r.) bezeichnete in seiner Laudatio den Parteifreund als „einen der besten Oberbürgermeister, die Bayern aufzuweisen hat". Der aus Deutschlands Norden stammende Lehmann sei vom „Wahlbayern" zum „Vorzeigebayern" geworden. Für Ingolstadt sei er in den letzten zwölf Jahren „ein ganz großer Glücksfall" gewesen. Der Ministerpräsident überreichte Lehmann für seine Leistungen die „Bavaria". Im März wurde Lehmanns Wunschnachfolger Christian Lösel (CSU) zum neuen OB von Ingolstadt gewählt, da der Amtsinhaber nicht mehr antrat. avd

Bild: Pressestelle Stadt Ingolstadt

BAYERNKURIER
Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

FÜR UNSERE LESER

Plötzlich Pflegefall – was nun?
Rechte kennen –
Hilfe organisieren –
Ansprüche durchsetzen

Dieser Ratgeber versteht sich als nützlicher und hilfreicher Wegweiser durch das teilweise recht komplizierte Pflegeversicherungsrecht und bietet Hilfestellung bei der Einleitung der ersten wichtigen Schritte zu den erforderlichen Pflegeleistungen. Man erfährt, an welche Stellen man sich wenden und welche Anträge man stellen muss, um Leistungen aus der Pflegekasse geltend zu machen und welche anderen Institutionen in dieser schwierigen und oft belastenden Situation helfen können.

Broschur, 80 Seiten
Format: 21 x 28,5 cm
Artikel-Nr.: 133400
Preis: 7,95 €

ONLINE LESER SHOP
Reinschauen lohnt sich!

Bitte bestellen Sie über unseren Online-Shop – **www.bayernkurier-shop.de** oder mit Bestellschein per Post oder Fax an: BAYERNKURIER, Leserservice, Nymphenburger Straße 64, 80335 München, Telefax 089/120 04-133.

Bestellschein:

Ich bestelle
Plötzlich Pflegefall was nun?
. . . . . Ex. **à € 7,95**

Liefer- und Rechnungsadresse:
Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort
Datum, Unterschrift

Jedes Buch kostet 7,95 Euro zzgl. jeweils 3,– Euro Verpackung und Versand.
Zahlung per Rechnung.
Die Auslieferung und Berechnung erfolgt über Helmut Lingen Verlag GmbH & Co. KG, Köln.

TOTAL LOKAL – NAMEN UND NACHRICHTEN

VATER DER BEZIRKE

Mit tiefer Trauer reagierte Bayerns Ministerpräsident **Horst Seehofer** auf die Nachricht vom Tod von **Georg Simnacher** (Bild), der im Alter von 81 Jahren verstorben ist: „Mit Georg Simnacher verliert Bayern einen großen Schwaben, ein Urgestein der Kommunalpolitik und engagierten Anwalt seiner Heimat." 30 Jahre prägte Simnacher ab 1967 als Landrat des Landkreises Günzburg und mehr als ein Vierteljahrhundert als Präsident der Bayerischen Bezirke wie kaum ein anderer die Kommunalpolitik im Freistaat und wirkte an zahlreichen Weichenstellungen mit. „Er war bürgernah, denn er sprach mit den Menschen und ließ sie an sich heran. Er war umsichtig, denn er plante über den Tag hinaus. Er war, mit einem Wort, ein Vorbild für uns alle. Sein herausragendes Lebenswerk wird uns allen unvergessen bleiben. In den schweren Stunden seines Todes sind unsere Gedanken bei den Angehörigen und Freunden", so Seehofer weiter. Simnacher war Träger des Bayerischen Verdienstordens, des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (Verleihung durch Ministerpräsident **Edmund Stoiber**, Bild u.), der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold und der kommunalen Verdienstmedaille in Gold sowie weiterer Auszeichnungen.

Bilder: Bezirk Schwaben (2)

Mit großer Trauer und Bestürzung nahm auch der Bayerische Bezirketag Abschied. „Wir verlieren mit Georg Simnacher nicht nur den Gründungspräsidenten des damaligen Verbandes der bayerischen Bezirke, sondern auch einen herausragenden Kommunalpolitiker, dessen Wertschätzung weit über seine schwäbische Heimat hinaus reicht", betonte der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Josef Mederer. Simnacher (1979-2003) habe das Fundament für die Arbeit an der Seite der Schwächsten der Gesellschaft gelegt. Er brachte eine Vielzahl von Projekten auf den Weg, wie etwa das Bildungswerk Kloster Irsee oder die Entwicklung der Psychiatrie in Bayern, die laut Mederer „aus dem dunklen Abseits der Gesellschaft herausgeholt" und zu einer anerkannten und erfolgreichen Medizin ausgebaut wurde. „Simnacher war und bleibt somit der Vater des Verbandes der bayerischen Bezirke und des heutigen Bezirketags. Ich verneige mich vor einem großen Kommunalpolitiker, ehemaligen Verbandspräsidenten und dessen beeindruckendem Lebenswerk", so Mederer abschließend.

J. Mederer

Schwabens Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert, der 2003 im Bezirk Nachfolger des mit dem Spitznamen „Schwabenherzog" betitelten Simnacher (1974-2003) wurde, gab seiner Trauer Ausdruck: „Für mich war Georg Simnacher in seiner politischen Tätigkeit und seinem enormen Einsatz für Schwaben immer ein großes Vorbild und ein langjähriger, verlässlicher Wegbegleiter. Was er für Schwaben und die bayerischen Bezirke getan hat, ist in Worten kaum zu ermessen." In Simnachers Ägide fielen die Eröffnungen von Bezirkskliniken in Kempten, Memmingen, der Tagesklinik in Lindau, der Außenstelle Donauwörth und die Gründung eines Bezirkskrankenhauses in Augsburg. Aus „Verwahranstalten" wurden moderne Kliniken mit zusätzlichen Disziplinen, mit Neubauten und Kooperationen mit Universitäten, sogar über eine Landesgrenze hinweg. Weitere Meilensteine waren das Netzwerk der Museen und die Wiederbelebung bedeutender Klöster durch kulturelle Nutzung.

J. Reichert

Gefahr für Europa

Frankreichs Plan gegen Syrien-Dschihadisten

Paris – Die neue französische Regierung von Ministerpräsident Manuel Valls will entschlossen gegen Syrien-Dschihadismus französischer Muslime vorgehen. Innenminister Bernard Cazeneuve stellte einen etwa 20 Maßnahmen umfassenden entsprechenden Aktionsplan des Kabinetts vor. Maßnahmen, die keine neue Gesetzgebung erfordern, sollen zügig umgesetzt werden.

Im Zentrum des Maßnahmepakets stehen Ausreisekontrollen. Minderjährige brauchen demnächst eine Genehmigung ihrer Eltern, wenn sie nach Syrien oder in die Türkei ausreisen wollen. Eltern gefährdeter Jugendlicher können Ausreiseverbote beantragen. Rückkehrer sollen strenger überwacht und Verdächtige an das Schengener Informationssystem gemeldet werden. Franzosen, „die in Syrien Verbrechen, Brutalitäten, Folter, Morde und Enthauptungen" begangen haben, sollen juristisch verfolgt werden, berichtet der TV-Sender *Al-Jazeera*. Syrien-Rückkehrer könnten automatisch als Angehörige einer Terror-Organisation belangt werden, so die Nachrichtenagentur *Reuters*. Französische Syrien-Dschihadisten, die eine zweite Staatsangehörigkeit besitzen, können den französischen Pass verlieren. Zusammen mit den EU-Partnern will Paris gegen islamistische Internetseiten vorgehen.

Beobachtern zufolge sollen sich bis zu 3000 Dschihadisten mit europäischen Pässen in Syrien aufhalten. Nach französischen Angaben soll mit etwa 700 Terror-Touristen das mit Abstand größte Kontingent aus Frankreich kommen – manche von ihnen nicht älter als 15 Jahre. Bislang seien 21 Franzosen in Syrien ums Leben gekommen, so die *Neue Zürcher Zeitung*. Das Blatt gibt Spezialisten wieder, die von „inoffiziellen, aber effizienten Rekrutierungszentren" für Syrien-Terroristen in Paris, Toulouse, Straßburg und Lille sprechen.

Ende März brachte der französische Kabel-TV-Sender *BFM* schockierende Bilder einer angeblichen „französischen Brigade" in Syrien: im Vordergrund Französisch sprechende Terroristen der Syrischen Al-Kaida-Absplitterung Isis, im Hintergrund eine größere Zahl Leichen, darunter offenbar die von Angehörigen der Freien Syrischen Armee und von Zivilisten.

> **Experten erwarten, dass die Syrien-Terroristen den Dschihad nach Europa tragen**

Noch ist es einfach, Syrien-Dschihadisten mit europäischen Pässen zu identifizieren. Über sogenannte Soziale Medien oder über Mobil-Telefonate brüsten sie sich ihrer Aktivitäten und werben Gleichgesinnte. Das kann sich ändern, wenn syrische Terrorführer die Zügel anziehen. Einem französischen Regierungsvertreter zufolge erwarten Sicherheitskräfte überall in Europa, dass syrische Dschihad-Führer früher oder später ihre „europäischen" Kämpfer anweisen, den Heiligen Krieg nach Europa zu tragen: „Sie haben nichts zu verlieren, wenn sie die Terroristen in Europa von der Leine lassen." **H.M.**

Bild: action press/ AA/Abaca Press

Aleppo: Terror-Touristen.

Bild: action press/Sunday Times/Raymond Preston/REX

Verliert seine charismatische Wirkung auf Südafrikas Wähler: Präsident Jacob Zuma.

Nach Mandela

Südafrika vor der Wahl: Beginnt der Niedergang des ANC?

Pretoria – Südafrikas erste Wahl nach Mandelas Tod wird spannend: Die Regierungspartei ANC steckt tief im Korruptionssumpf.

Ein privates Schwimmbad spielt im südafrikanischen Wahlkampf eine ganz besondere Rolle. Es gehört Staatspräsident Jacob Zuma und befindet sich auf seinem Privatsitz in der Provinz Kwa-Zulu-Natal. Weil jetzt herauskam, dass es mit Steuermitteln finanziert wurde, haben Zuma oder seine Umgebung es flugs als Feuerlöschteich deklariert. Es hat ihm nichts geholfen. Mitte März legte die Korruptionsbeauftragte der Regierung einen 400 Seiten starken Bericht vor, der belegt, dass Zuma seinen Privatsitz mit 17 Millionen Euro Steuergeldern schick ausbaute – Besucherzentrum, Amphitheater, Rindergehege und eben jener Schwimmbad-Löschteich –, angeblich und offiziell zur Erhöhung der Sicherheit. Die Korruptionsbeauftragte fordert, dass Zuma das Geld zurückzahlt. Die Oppositionspartei Demokratische Allianz (DA) verlangt Zumas Absetzung.

Soweit wird es nicht kommen. Aber bei den allgemeinen Wahlen am 7. Mai – den ersten seit dem Tod von Gründungspräsident Nelson Mandela im vergangenen Dezember – wird Mandelas, und jetzt Zumas Afrikanischer Nationalkongress (ANC) Federn lassen. Umfragen sehen ihn von 65,9 (2009) auf unter 60 Prozent fallen. Zumas eigene Zustimmungswerte sind von 77 auf 46 Prozent gefallen. Bei der Beerdigung Mandelas ist er in Soweto ausgebuht worden. Umfragen zufolge betrachtet das halbe Land ihn und seinen ANC als korrupt.

> **71 Prozent der jungen Südafrikaner nehmen am wirtschaftlichen Leben nicht teil**

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage des Landes erbittert das die Wähler besonders: Fast 14 Prozent der Bevölkerung von 51 Millionen müssen mit weniger als 1,25 Dollar am Tag auskommen. Die Arbeitslosigkeit erreicht inklusive Dunkelziffer bis zu 40 Prozent. Gar 71 Prozent der Südafrikaner zwischen 15 und 34 Jahren haben am offiziellen Wirtschaftsleben keinen Anteil, berichtet das US-Politikmagazin *The New Republic*. Zur Arbeitslosigkeit kommt ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften – Beleg für ein katastrophales Bildungssystem. Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur sind desolat.

Dazu kommt, dass sich mit Absplitterungen vom ANC auch schwarz geführte oder für Schwarze wählbare Oppositionsparteien anbieten. Auch die bislang eher weiße Oppositionspartei DA der deutschstämmigen Premierministerin der Provinz Westkap, Helen Zille, gewinnt an Zustimmung: Um das Amt des Premierministers von Südafrikas größter und wichtigster Provinz Gauteng, die Johannesburg und die Hauptstadt Pretoria einschließt, bewirbt sich der 34-jährige DA-Sprecher Mmusi Maimane. Wenn er gewönne, wäre das wohl eine Sensation. Vielleicht macht das Beispiel Westkap den Wählern Mut: Die von der DA regierte Provinz gilt allgemein als die reichste und am besten verwaltete Region Südafrikas. Umfragen sehen Zilles Partei von landesweit 13 auf 22 Prozent steigen. **Heinrich Maetzke**

WELT IM BLICK

ERDOGAN-EKLAT

Ankara – Erdogan-Eklat zum Abschluss des Staatsbesuches von Bundespräsident Joachim Gauck in der Türkei. Erst hatte Gauck die jüngsten Einschränkungen von Rechtstaatlichkeit und Meinungsfreiheit durch die Regierung Erdogan deutlich, aber freundschaftlich kritisiert: „So frage ich mich heute und hier, ob die Unabhängigkeit der Justiz noch gesichert ist, wenn die Regierung unliebsame Staatsanwälte und Polizisten in großer Zahl versetzt und sie daran hindert, Missstände ohne Ansehen der Person aufzudecken", so Gauck vor Studenten in Ankara. Das Recht auf eine umfassende Information sei Voraussetzung einer freien, demokratischen Gesellschaft, betonte der Bundespräsident und kritisierte, dass in der Türkei der Zugang zum Internet beschnitten und kritische Journalisten entlassen oder gar verurteilt würden.

Bild: action press/ Depo Photos/Abaca Press

Joachim Gauck

Kaum befand sich Gauck auf dem Weg nach Istanbul, explodierte Erdogan: „Ich habe dem deutschen Staatspräsidenten gesagt, dass wir seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes niemals dulden werden", so Erdogan zur Presse. „Er denkt wohl, er sei immer noch ein Pastor", so Erdogan weiter: „Aus diesem Verständnis schaut er auf die Dinge. Das geht nicht. Das ist hässlich." **H.M.**

CSU GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

AUS DER EUROPAGRUPPE

TÜV-REGELN BLEIBEN

Jetzt ist es amtlich: Damit Autos in Rumänien genauso verkehrstüchtig sind wie in Schweden, bekommt die EU einheitliche Regeln für die Hauptuntersuchung (HU) von Pkw, erklärt der vorsitzende der CSU-Europagruppe, **Markus Ferber** (Bild): „Für deutsche Autofahrer ändert sich nichts, aber wir exportieren die deutschen Sicherheitsstandards nach ganz Europa."

Es bleibt beim gegenwärtig in Deutschland geltenden Prüfintervall für die HU von Pkw, Lkw und Motorrädern. Das Europäische Parlament hat sich in den Verhandlungen gegen das Vorhaben der Kommission durchgesetzt, ältere Autos jährlich zur HU zu schicken. Ferber: „Das hätte überflüssige Bürokratie, Kosten und eine unnötige Schikane für den Autofahrer bedeutet." Neuwagen sollen nach den neuen Regeln spätestens nach vier Jahren zur HU, danach alle zwei Jahre. „Denn Qualität steht vor Quantität", so der schwäbische Europapolitiker. Deswegen werden die Tests auch europaweit stärker vereinheitlicht: Prüfer müssen eine ähnliche Qualifikation haben und die Kontrollen sollen sich weniger stark zwischen den Mitgliedstaaten unterscheiden.

Außerdem werden künftig europaweit die Unterwegskontrollen von Nutzfahrzeugen angeglichen. „Wir haben erreicht, dass auch andere EU-Staaten Lkw streng kontrollieren", so Ferber. „Für Deutschland als wichtigstes europäisches Transitland bedeutet dies mehr Verkehrssicherheit."

SCHUTZ FÜR KINDER

Die Frauen-Union Bayern will Kinder besser vor sexueller Ausbeutung durch skrupellose Geschäftemacher schützen. „Die Debatte über die Verschärfung von Strafvorschriften im Bereich Kinderpornografie muss jetzt geführt werden", verlangt die FU-Landesvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführerin der CSU-Europagruppe, **Angelika Niebler** (Bild), angesichts der Kinderpornografie-Affäre um den ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy. Der Staat habe die Pflicht, sich schützend vor die Kinder zu stellen. „Wir brauchen nicht immer nur Täterschutz, sondern auch Opferschutz", so die Oberbayerische Europapolitikerin. „Wir müssen eine generelle Aufwertung von Kinderpornografie und Sexualstraftaten im Verhältnis zu Eigentums-, Vermögens- und Betäubungsmitteldelikten im Strafmaß erreichen", fordert Niebler. Außerdem müssten die Herstellung, der Erwerb und der gewerbsmäßige Handel mit Nacktbildern von Kindern und Jugendlichen unter Strafe gestellt werden. Niebler: „Sowohl diejenigen, die solche Bilder herstellen, als auch diejenigen, die solche Bilder erwerben und damit erst einen entsprechenden Markt ermöglichen, spielen mit den Seelen von Kindern, die darunter oft ein Leben lang leiden." Die Bagatellisierung von Fotos und Filmen mit nackten Kindern als Handelsware dürfe in unserem Land nicht achselzuckend hingenommen werden, so die Juristin.

HILFE FÜR MILCHBAUERN

Die EU muss die milcherzeugenden Landwirte in Europa auch nach dem Auslaufen der Milchquotenregelung bei Notlagen, welche durch größere Marktschwankungen auf dem Weltmarkt ausgelöst werden können, wirtschaftlich angemessen unterstützen und ihre Existenz absichern. Das fordert der agrarpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, **Albert Deß** (Bild). „Das ist nicht nur im Interesse der milcherzeugenden Landwirte, sondern im klaren Interesse der Bevölkerung ganz Europas, um deren Basisversorgung mit gesunden, einheimischen Nahrungsmitteln."

Als sehr negative Entwicklung für die milcherzeugenden Landwirte und die Molkereien sieht es der Oberpfälzer Europapolitiker und Agrarexperte, dass der Lebensmittelhandel gegenüber den Molkereien immer längere Zahlungsziele für Milchprodukte durchgesetzt hat. Die Verbraucher im Supermarkt müssen sofort bezahlen, aber die Molkereien erhalten ihre Bezahlung vom Handel häufig erst 45, 60 oder gar 90 Tage nach der Lieferung. Deß: „Diese Form der kostenfreien und risikolosen Innenfinanzierung durch unangemessene Zahlungsziele geht voll zu Lasten der Milcherzeuger." Der CSU-Politiker möchte erreichen, dass in ganz Europa ein maximales Zahlungsziel von 30 Tagen für Milchprodukte festgelegt wird, das grundsätzlich vertraglich nicht ausgeschlossen werden kann.

Rückfall in die Zarenzeit

Von Heinrich Maetzke

Eine Mehrheit der Ukrainer will dem politisch wie wirtschaftlich verderblichen Einflussbereich Moskaus entkommen. Wladimir Putin beansprucht sie und ihr Land als „nahes Ausland“ und als geostrategische Pufferzone. Nur darum geht es beim Ringen in Kiew und im Osten der Ukraine.

Zar Wladimir

Um ihre Meinung zu der existentiellen Frage haben weder Putin noch die Putin-Versteher hierzulande die Ukrainer je gefragt. Und wo Putin dennoch eine Antwort zu hören bekommt, kann sie ihm kaum gefallen. Wie etwa in Charkiv, der zweitgrößten Stadt der Ukraine, wo einer aktuellen Umfrage zufolge nur 16 Prozent der Bevölkerung vom Anschluss an Russland etwas wissen wollen. Was wohl der Grund dafür ist, dass jetzt der Bürgermeister der Stadt ums Haar einem Mordanschlag zum Opfer fiel. Umso wichtiger ist die Präsidentschaftswahl am 25. Mai und dass alle Ukrainer frei wählen können. Putin will – und muss – die Wahl verhindern. Denn wer immer sie gewinnt, der kann in Kiew Legitimität und Souveränität beanspruchen, die Moskau nicht ertragen will.

Es geht dabei auch um den Kampf zwischen moskowitischer Vergangenheit und europäischer Zukunft. Außer zaristischer Despotie und Sowjetdiktatur haben die Russen in 1000 Jahren wenig kennengelernt. Jetzt droht der Rückfall in moskowitische Kreml-Allmacht. Kein Nachbar wird davon unberührt bleiben. Das können die Europäer kaum wollen – und müssen endlich zu Sanktionen greifen, die wirklich schmerzen. Die Ukrainer haben es verdient – und Zar Wladimir auch.

Der Osten blüht auf

Von Jörg von Rohland

Was wurden vor zehn Jahren nicht alles für Ängste geschürt: Arbeiter aus Polen und Tschechien könnten den deutschen Arbeitsmarkt überfluten und ihren deutschen Kollegen die Jobs wegnehmen. Und es würden etliche Arbeitsplätze in den Osten verlegt, wo dann billig deutsche Produkte gefertigt werden, während hierzulande die Bänder still stehen.

Heute schweigen die chronischen Schwarzseher. Nichts von alledem hat die EU-Osterweiterung gebracht. Sie ist ein Erfolgsmodell, das Wohlstand und Sicherheit auf beiden Seiten schafft. Während in der Ost-Ukraine Menschen nach Russland streben, wollen die russischen Minderheiten im Baltikum ihre europäischen Pässe behalten. Aus gutem Grund: Die Wirtschaft ist gewachsen, den Menschen geht es vergleichsweise gut. Zu Beschäftigung und Wachstum haben die „neuen acht“ auch in Bayern beigetragen. In den einstigen Sorgenregionen im grenznahen Bereich des Freistaats hat die Arbeitslosenquote den bayerischen Durchschnitt erreicht. Der Warenaustausch läuft prächtig: 9,2 Prozent aller bayerischen Exporte gehen bereits in die „MOE-8“, importiert werden 16,6 Prozent. Die europäische Idee blüht auch im Osten!

Eurokratische Auswüchse

Von Peter Hausmann

Warum fällt es schwer, Europa als erfolgreichstes Friedensprojekt der Geschichte zu begreifen? Warum müssen erst Krisen wie die in der Ukraine kommen, damit die Menschen überall begreifen, wie das Gegenteil des Miteinanders befreundeter Nachbarstaaten und der friedlichen Überwindung von Grenzen aussieht? Man kann darüber lamentieren, wie geschichtsvergessen die heutige Generation ist, weil sie nicht mehr ahnt, aus welcher Menschheitskatastrophe die Idee eines freien, demokratischen Europas geboren wurde.

Die Zeit des Zweiten Weltkrieges ist für die heute 20 bis 35-Jährigen Lichtjahre entfernt. Selbst die Zeiten sind kaum begreifbar, in denen die Reisenden auf dem Weg in den Urlaub an allen Grenzen Pässe vorzeigen mussten. Selbst die Erinnerung an die Jahrzehnte, in denen man für die Fahrt nach Italien am besten mehrere Geldbeutel mit sich führte, ist seit der Euro-Einführung vor mehr als zehn Jahren hinter dem Horizont vieler Menschen abgetaucht.

Das Vergessen mag man bedauern, aber Gewöhnung ist nicht die einzige Ursache für das Verwischen der großen europäischen Idee in der Wahrnehmung. Es sind die Auswüchse des eurokratischen Alltags, die diese Jahrhundertidee überwuchern und zu ersticken drohen. Jahrelang fand Europa nur im Kontext mit dem Streit um Butterberge und landwirtschaftliche Subventionen statt. Brüsseler Einmischungen in den Alltag der Europäer vom Traktorsitz, über die Feuerwehruniformen, das Verbot der Glühbirnen bis hin zur Euro-Norm für Staubsauger tun ein Übriges, um Europa in den Augen seiner Menschen ganz, ganz klein erscheinen zu lassen.

> **Brüsseler Normierungen lassen Europa in den Augen der Menschen ganz, ganz klein erscheinen**

Durch die ständigen Erweiterungen der EU ist die Zahl der EU-Kommissare auf 28 gestiegen. Sie zanken sich um die 15 in den EU-Verträgen niedergeschriebenen Aufgabengebiete der EU-Kommission. Um ihre Daseinsberechtigung unter Beweis zu stellen, betreten sie dabei allzu oft Gebiete, in denen Brüssel nichts zu suchen hat. So entstehen Normierungen und Regeln, die von den Normalbürgern bestenfalls als Gängelung, in aller Regel aber als Nötigung empfunden werden. Die EU-Verdrossenheit ist das Resultat!

Die CSU legt mit dem Europa-Plan den Finger in diese und andere Wunden. Ihr deshalb vorzuwerfen, europafeindlich zu sein, ist völlig neben der Sache. Die CSU muss nicht betonen, eine Volkspartei zu sein. Sie ist es! Es gehört zum Charakter von Volksparteien, politische Seismographen zu sein. Sie nehmen schlechte Schwingungen und Stimmungen auf, weil sie das Wahlvolk ernstnehmen. Und darum geht es auch in Europa.

Auf Schalke Zeichnung: Tomicek

DER STANDPUNKT

Andreas Scheuer, Generalsekretär der CSU

Respekt, Herr Bundespräsident! Joachim Gauck hat in dieser Woche die Türkei besucht und angesichts der undemokratischen Entwicklungen dort deutliche Worte gefunden. Zu Recht! Die politischen Ereignisse in der Türkei lassen sich nun wirklich nicht schönreden. Die Erdogan-Türkei bewegt sich außerhalb des europäischen Demokratieverständnisses. Dies müssen endlich auch die EU in Brüssel sowie Rot und Grün in Deutschland einsehen. Erdogans Drohungen gegenüber seinen politischen Gegnern wie auch die Sperrung von *Youtube*, *Twitter* und *Google* passen nicht in ein demokratisches und freiheitliches Europa. Die CSU fordert daher den sofortigen Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Im Europaplan, dem Programm der CSU zur Europawahl, haben wir klar formuliert: „Wir sind gegen die Vollmitgliedschaft der Türkei.“ Die Türkei ist ein wichtiger Partner Europas, eine Mitgliedschaft in der EU würde aber die Türkei genauso überfordern wie Europa. Die privilegierte Partnerschaft mit der Türkei ist durch die jüngsten Erfahrungen mit Erdogan bei weitem ausreichend. Wir brauchen ein ehrliches, partnerschaftliches Miteinander an den Grenzen Europas und keine verlogenen EU-Dauerverhandlungen, die ins Nichts führen.

ZU GAST IM BAYERNKURIER

Propaganda-Schlacht um die Ukraine

Kiewer Maidan war auf die Übernahme von Verantwortung nicht vorbereitet – Von Günther von Lojewski

Günther von Lojewski war von 1989 bis 1997 Intendant des Sender Freies Berlin und ist Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin.

Bild: BK

Wjatscheslaw Ponomarjow nimmt in Slawjansk OSZE-Beobachter als Geiseln – Wjatscheslaw wer? In Golowka hisst ein Namenloser die Flagge der „Republik Donezk“ – Golowka wo? In Kiew ruft die Regierung eine „Anti-Terror-Aktion“ aus – eine „Regierung“, in Kiew? Da bellt ein Arsenij Jazenjuk den Moskauer Kreml an – doch hört ihn dort keiner, weil der Hausherr nach Jahren des Machtverfalls gerade wieder Großmacht spielt.

Die Nachrichten aus der Krisenregion Ukraine beunruhigen, weil sie keinen Bestand haben, sich überstürzen, widersprechen. Das ist so, weil die staatlichen Strukturen zerfallen, es kein Recht, keine Ordnung und keinerlei Autorität mehr gibt. Offenbar wird, dass die Basisdemokraten, die sich auf dem Maidan durchgesetzt haben, für die Übernahme von Verantwortung am „Tag danach“ weder taugten noch vorbereitet waren. Stattdessen greift nun ein jeder, der will, nach der Macht, aus eigener Vollkommenheit, mit Waffengewalt oder ferngesteuert aus dem Ausland. Ein solches Land ist nicht regierbar.

Kommt hinzu, dass in der Ukraine auch globale Mächte sich ins Gehege kommen. Dabei berücksichtigen sie aus eigener Erfahrung, dass im Zeitalter der Information Auseinandersetzungen letztlich in den Köpfen der Menschen gewonnen oder verloren werden. Die USA haben es im Irak praktiziert, wo General Schwarzkopf „embedded journalists“ in seinen Panzern mitnahm. Die Russen haben es den Georgier Saakaschwili gelehrt, der von der russischen Militär- und Propagandamaschinerie überrollt und um Abchasien und Südossetien gebracht wurde.

Und jetzt die Krim. Und dann die Ostukraine und dann Transnistrien und dann …? Es trägt nicht zur Beruhigung bei, dass Präsident Putin den Einsatz von Elitetruppen erst geleugnet und dann eingeräumt hat. Das hat die Hintersassen ermutigt, es zu tun wie er. Also informieren, desinformieren, manipulieren auch sie. Im Konflikt verliert immer die Wahrheit zuerst.

So greift die allgemeine Verunsicherung um sich. Die Präsidenten Putin und Obama blasen in den Massenmedien gleichermaßen die Backen auf, beschuldigen sich gegenseitig, nicht genug für eine Deeskalation der Gewalt zu tun – und fahren Kriegsschiffe auf. An den Börsen fällt die russische Bonität nahezu auf Ramschniveau, das Kapital flieht außer Landes. Auf der Krim sollen russische Urlauber ausbleibende westliche Touristen ersetzen …

Was also ist in der Krise der Ukraine wahr, was unwahr, was die Quelle einer Information und was das wirkliche Interesse dahinter? Und was machen die Journalisten damit: Handeln sie nach bestem Wissen und Gewissen, oder sind sie, wissentlich oder unwissentlich, instrumentalisiert, oder gar selbst Partei? Es ist nicht zuletzt der Verlust an Transparenz und gesicherter Information, der die Menschen in der Ukraine-Krise beunruhigt.

MELDUNGEN

AIR BERLIN

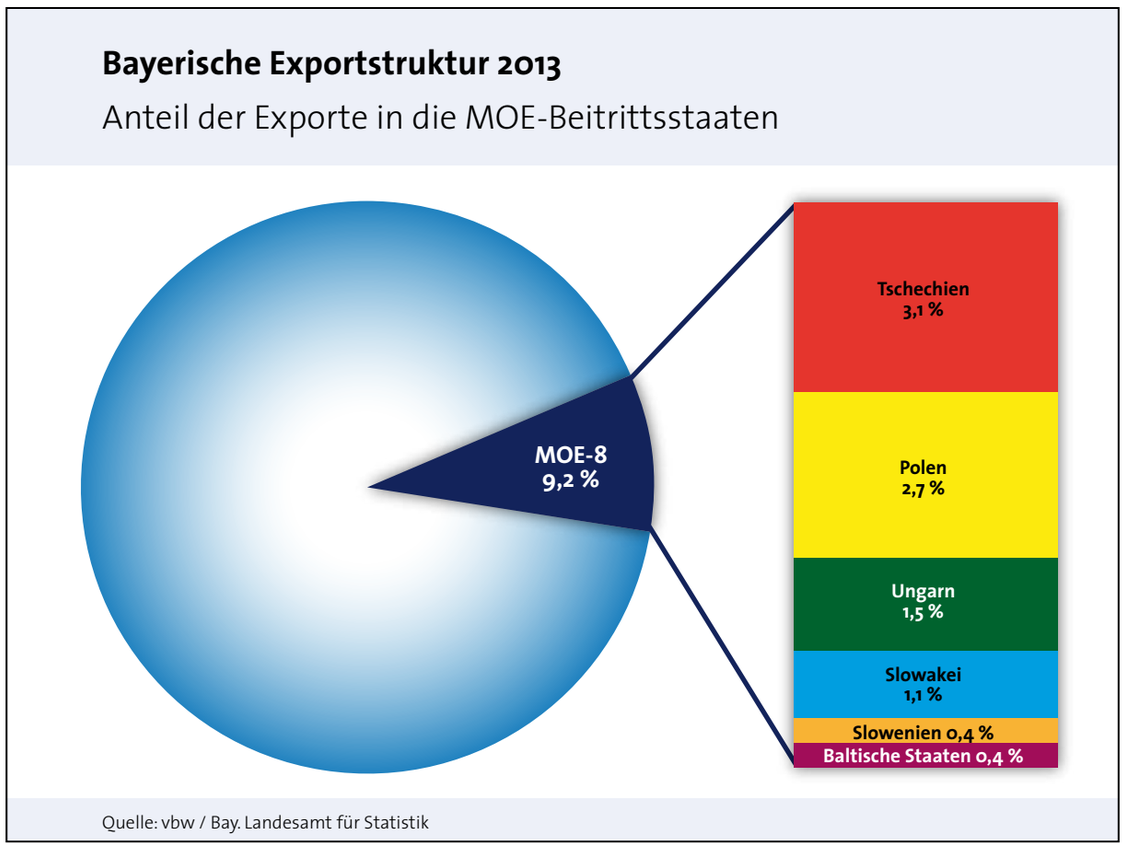
Berlin – Die zweitgrößte deutsche Fluggesellschaft Air Berlin hängt am Tropf von Abu Dhabi. Nachdem die Berliner 2013 einen Verlust von 315,5 Millionen Euro eingefahren haben, springt ihnen nun Etihad Airways mit einer Wandelanleihe von 300 Millionen Euro zu Seite. Die Staats-Airline der Vereinigten Arabischen Emirate kann die Anleihe in Aktien umtauschen, sollte Air Berlin das Geld nicht zurückbezahlen. Die Araber halten bereits knapp 30 Prozent der deutschen Fluggesellschaft. „Wir sind überzeugt, dass sich das Geschäft in die richtige Richtung entwickelt", sagt Etihad-Chef James Hogan, der jedoch die Notwendigkeit einer beschleunigten und tiefgreifenden Restrukturierung sieht. Air Berlin erhalte in diesem Prozess „unsere volle Unterstützung", so Hogan.

MINDESTLOHN

München – Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) widerspricht einem Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung, aus dem hervorgeht, dass Ausnahmen beim gesetzlichen Mindestlohn für Rentner, Mini-Jobber, Erntehelfer und Taxifahrer verfassungswidrig sein sollen. „Personen, deren Beschäftigung nicht hauptsächlich der Existenzsicherung dient, sind gerade keine ‚normalen Arbeitnehmer'", sagt vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. Ausnahmen beim gesetzlichen Mindestlohn seien daher verfassungskonform. „Gleiches gilt für Personen, deren Bezahlung nicht an die Arbeitszeit anknüpft, wie zum Beispiel Zeitungsausträger", so Brossardt. Dies bestätige eine Studie, die die Universität Heidelberg für die vbw erstellt habe. Die Studie komme zu dem Schluss, dass Schüler, Rentner, Auszubildende, Studenten, ungelernte Berufseinsteiger und Langzeitarbeitslose ohne Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes vom Mindestlohn ausgenommen werden können.

HANDELS-PLUS

München – Der Umsatz im bayerischen Einzelhandel ist im ersten Quartal des Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um nominal 1,9 Prozent gestiegen. Nach einem guten Jahresstart ging es allerdings im März im Vergleich zum Vormonat um nominal 0,2 Prozent abwärts. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im ersten Quartal um 1,4 Prozent.



Wichtige Märkte: Der Freistaat exportiert mittlerweile einen nicht unerheblichen Teil seiner Güter in die MOE-8-Staaten. Aber vor allem auch die Importe aus diesen Länder sind überdurschnittlich angestiegen. Grafik: BK

Glücksfall Ost-Erweiterung

Bayerische Wirtschaft profitiert merklich von Ausdehnung der EU

München – Zehn Jahre ist es her, dass sich die Europäische Union in den Osten erweitert hat. Der Beitritt der acht Staaten aus Mittel- und Osteuropa (MOE-8) hat sich für beide Seiten bezahlt gemacht. Daran ließ in dieser Woche auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) keinen Zweifel. „Die EU-Ostererweiterung ist ein Erfolg", versicherte vbw-Hauptgeschäftftsführer Bertram Brossardt.

„Alle, die eine positive Lebenseinstellung haben, haben das schon vor zehn Jahren geglaubt", sagte der vbw-Chef mit Blick auf die eingetretene „Win-Win-Situation" zwischen den MOE-8-Staaten und den übrigen EU-Ländern. Der Freistaat kann sich glücklich schätzen: So gingen allein im vergangenen Jahr von den gesamten bayerischen Exporten in Höhe von 168 Milliarden Euro 15,5 Milliarden in die MOE-8 Staaten – zu ihnen gehören die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Polen, Estland, Lettland und Litauen. Hauptabnehmer unter ihnen waren 2013 einmal mehr Tschechien und Polen. Umgekehrt proftieren auch die Staaten Mittel- und Osteuropas von der bayerischen Wirtschaftskraft. So seien die Importe Bayerns aus den MOE-8-Staaten von 2004 bis 2013 überdurchschnittlich um 115 Prozent gewachsen, erläuterte Brossardt. Die Unternehmen aus dem Freistaat haben zudem kräftig in den Beitrittsländern investiert. Der Bestand an Direktinvestitionen liegt nach vbw-Angaben derzeit bei 20 Milliarden Euro. Das entspricht acht Prozent aller bayerischen Direktinvestionen im Ausland.

> **Deutsche Exportstärke trägt zur Leistungsfähigkeit in den MOE-8-Staaten bei**

Profitiert haben von der Osterweiterung in Bayern vor allem auch die grenznahen Regionen. So stieg laut vbw die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Oberfranken, der Oberpfalz und Niederbayern zwischen 2004 und 2013 um 140 000 auf 1,224 Millionen – ein Plus von 12,9 Prozent. Die Arbeitslosigkeit sei spürbar gesunken und habe 2013 genau den bayerischen Durchschnitt von 3,8 Prozent erreicht.

Der vbw-Geschäftsführer betonte zudem, dass die deutsche Exportstärke zur Leistungsfähigkeit der MOE-8-Staaten beiträgt: „Die Vorleistungen, die die deutsche Industrie aus den MOE-8-Staaten bezieht, sorgen allein in Polen für rund 620 000, in Tschechien für 370 000, in Ungarn für 250 000 Arbeitsplätze." Laut Brossardt unterhalten Bayerische Unternehmen rund 450 Produktionsstätten in den MOE – davon allein in der Tschechischen Republik 166, in Polen und Ungarn jeweils 67.

Jörg von Rohland

Russischer Ramsch

Ratingagentur stuft Bonität herab

Moskau/New York – Russische Staatsanleihen sind derzeit so gefragt wie schales Bier: Noch bevor US-Präsident Barack Obama zuletzt weitere Sanktionen angekündigt hatte, senkte die Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) die Bonitätsnote Russlands um eine Stufe auf BBB-. Damit nähert sich das Land bis auf einen Punkt dem sogenannten Ramschbereich. Grund ist vor allem der massive Kapitalabfluss. Bis zu 70 Milliarden Dollar sollen Investoren in diesem Jahr bereits wegen der Angst vor der Ausweitung des Konflikts in der Ukraine abgezogen haben.

Der Ausblick bleibt düster. Die Weltbank spricht von einem „Hochrisiko-Szenario" und prognostiziert „schwere Schocks" für die russische Wirtschaft. Sie könnte in diesem Jahr um 1,8 Prozent schrumpfen, wenn sich die Lage nicht beruhigt. Sollte der Konflikt um die Ukraine beigelegt werden, rechnen Experten immerhin mit einem Konjunkturplus von 1,1 Prozent.

Experten mahnen eindringlich: „Wer in Russland investiert, in Wertpapiere oder als Direktinvestition, muss in Zukunft einen viel höheren Risikoabschlag einkalkulieren", sagte David Folkerts-Landau, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, der *Welt*. Russland sei durch sein Vorgehen in der Ukraine weniger berechenbar geworden und dürfe sich nicht wundern, „wenn es zukünftig nicht mehr als verlässlicher Standort für ausländische Investitionen gesehen wird". **jvr**

Neuer Sparkassenchef

Ulrich Netzer folgt Theo Zellner

München – Der Sparkassenverband Bayern hat einen neuen Präsidenten. Am 1. Mai folgte Ulrich Netzer Theo Zellner als oberster Repräsentant der 71 bayerischen Sparkassen. Ministerpräsident Horst Seehofer unterstrich die Bedeutung der Sparkassen und dankte Zellner: „Ob Häuslebauer oder Mittelständler, die Sparkasse ist ein grundsolider Partner. Ihr Motto lautet: Dienst am Kunden statt Zockerei. Theo Zellner hat diese Botschaft zu den Menschen gebracht." In seiner Amtszeit habe Zellner alle Herausforderungen gemeistert und Großes geleistet.

Zellner (65) war seit Mitte April 2010 Präsident des Sparkassenverbandes Bayern. Zu seinen großen Verhandlungserfolgen gehört unter anderem, dass 2013 die Auseinandersetzung mit der EU-Kommission im Beihilfeverfahren zur Restrukturierung der BayernLB beendet und damit etwaige Beihilfeverfahren gegen die bayerischen Sparkassen abgewendet werden konnten. Im Ergebnis sind die Sparkassen heute mit 25 Prozent der Gesellschaftsanteile wieder stärker als Anteilseigner an der BayernLB beteiligt und sie sind Alleineigentümer der LBS Bayern. Zellners Nachfolger Ulrich Netzer (59) war bereits im Juni 2013 vom Verwaltungsrat des Sparkassenverbands Bayern für eine Amtszeit von fünf Jahren als Präsident gewählt worden. **BK**

Bild: Staatskanzlei

Zellner, Seehofer, Netzer (v.l.).

Wenn die Gehaltserhöhung verpufft

Bund der Steuerzahler fordert seit Jahren gebetsmühlenartig den Abbau der kalten Progression

Berlin – Seit Jahren stöhnen Arbeitnehmer über die so genannte kalte Progression. Sie führt nicht selten dazu, dass die wohlverdiente Gehaltserhöhung komplett aufgefressen wird, weil der Steuerpflichtige wegen seines dann höheren Einkommens mehr Abgaben leisten muss als vorher. Etwa drei Milliarden Euro kostet das die Bundesbürger pro Jahr. Doch wie kommt es eigentlich dazu?

Das Bundesfinanzministerium erklärt den Prozess auf seiner Internetseite ausführlich und anschaulich. Verantwortlich ist der progressive Tarif, nach dem in Deutschland Einkommen besteuert werden. Bis zu einem Jahreseinkommen von 8354 Euro muss überhaupt keine Einkommensteuer bezahlt werden. Ab dem 8355sten Euro geht es in mehreren Stufen nach oben, bis 42 Prozent erreicht sind. Nicht selten macht die Inflation einen Teil des Lohnanstiegs wertlos, weil der Steuertarif nicht an die allgemeinen Preissteigerungen angepasst ist.

Die Formel fürchten viele Arbeitnehmer: Sie sorgt dafür, dass von der Gehaltserhöhung am Ende oft nichts übrig bleibt. Bild: Trueffelpix/Fotolia

Der Bund der Steuerzahler stellt seine Forderungen nach einem Abbau der kalten Progression seit Jahren gebetsmühlenartig und legt den Finger immer wieder in die Wunde: „Das geltende Einkommensteuergesetz macht die Lohnerhöhung wertlos", heißt es. Dies könne vermieden werden, indem der Einkommensteuertarif „regelmäßig an die tatsächlichen Lebensverhätlnisse angepasst wird". Der Steuerzahlerbund fordert, den Tarif „auf Räder" zu stellen, dann würde er automatisch angeglichen.

Die unabhängige und überparteiliche Vereinigung mit Sitz in Berlin nutzt die aktuelle Debatte um die kalte Progression nun einmal mehr, um ihre Forderungen zu untermauern: „Beim Abbau der kalten Progression darf es keine Zurückhaltung geben. Noch nie wurden so viele Steuern eingenommen wie jetzt. Die Steuerzahler können und müssen deshalb entlastet werden." **jvr**

TV-TIPP DER WOCHE

VERSCHWÖRUNG GEGEN DEN PRÄSIDENTEN

Den von ihm so sehr angestrebten Frieden nach dem Amerikanischen Bürgerkrieg erlebte Abraham Lincoln nur zehn Tage lang – dann wurde er bei einem Attentat in einem Washingtoner Theater ermordet. Das preisgekrönte Doku-Drama „Die Lincoln-Verschwörung“ deckt die weitreichenden Verstrickungen von Politikern und Sklavenhändlern in den Anschlag auf, den John Wilkes Booth auf den US-Präsidenten verübte. Dass Oscar-Preisträger Tom Hanks als Erzähler fungiert, ist nur eines der Highlights dieser Doku. **dos**

Bild: fkn

Die Lincoln-Verschwörung
3Sat, Montag, 5. Mai, 20.15 Uhr.

BUCH-TIPP DER WOCHE

WICHTIGE WUTSCHRIFT

Kritiker stempeln Akif Pirincci zum Anarchisten. Dabei ist er ein bürgerlicher Konservativer, der „sein“ Deutschland liebt. 1969 ist er mit seinen Eltern aus der Türkei eingewandert: „Wir empfanden es als ein unfassbares Geschenk, dass Deutschland uns aufnahm“. Jetzt kocht er vor Wut auf „die systematische Gesellschaftszerstörung durch die Grünen im Schulterschluss mit linkslastigen Medien“ und auf „toleranzbesoffene“ Deutsche, die sich alles gefallen lassen. Pirincci bricht jedes politisch korrekte Tabu gleich doppelt – in tabuloser Sprache. Auslöser für die wichtige Wutschrift war ein bestialischer Mord von Türken an einem jungen Deutschen (Kirchweyhe). **H.M.**

Akif Pirinçci: ***Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer.***
Manuscriptum Verlagsbuchhandlung, Waltrop, 276 Seiten, 17,80 Euro.

TERMINE

3.5., 10 Uhr: **CSU Kempten**, Infostand zur Europawahl, Fußgängerzone.

3.5., 10.30 Uhr: **CSU Lindau**, Infostand zur Europawahl, Maximilianstraße.

3.5., 10.30 Uhr: **FU Coburg**, Brunch mit der Europaabgeordneten **Monika Hohlmeier**, Marktcafé Seßlach.

3.5., 15 Uhr: **FU Ebersdorf**, Jahreshauptversammlung, Gasthaus Lesch.

3.5., 20 Uhr: **CSU Löhrieth**, Festabend zum 40-jährigen Bestehen des Ortsverbandes, Gemeinschaftshaus Bad Neustadt.

4.5., 10 Uhr: **CSU Augsburg**, Spaziergang durch die Innenstadt mit Staatssekretär **Johannes Hintersberger** und dem Europaabgeordneten **Markus Ferber**, Treffpunkt: Rathaus.

4.5., 11 Uhr: **CSU Waldersdorf**, Politischer Frühschoppen mit Staatsministerin **Emilia Müller**, Sportheim.

4.5., 17 Uhr: **CSU Gablingen**, Grillfest mit dem Europaabgeordneten **Markus Ferber**, Beim Hafnerbauer.

5.5., 13 Uhr: **CSU Weiden**, Diskussion zur Wirtschafspolitik mit Staatsministerin **Ilse Aigner**, Wirtschaftsbeirat.

5.5., 15.30 Uhr: **CSU Ingolstadt**, Wahlkampfkundgebung mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten **Horst Seehofer** und Bundeskanzlerin **Angela Merkel**, Rathausplatz.

5.5., 19.30 Uhr: **CSU Nürnberg**, „Seehofer direkt“ in Mittelfranken, Diskussion mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten **Horst Seehofer** und dem Europaabgeordneten **Martin Kastler**, Meistersingerhalle.

6.5., **CSU Schwaben**, „Seehofer direkt“ in Schwaben, Diskussion mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten **Horst Seehofer** und dem Europaabgeordneten **Markus Ferber**, Stadthalle Gersthofen.

6.5., 19.30 Uhr: **CSU Regensburg**, Gespräch mit dem Europaabgeordneten **Albert Deß**, Kreisjugendring.

7.5., 19 Uhr: **CSU Kummerbrück**, „Bayern zuerst – Reden über Europa“ mit dem Bundestagsabgeordneten **Peter Gauweiler** und dem früheren Chefredakteur des *Bayernkurier*, **Wilfried Scharnagl**, Schloss Theuern.

7.5., 19 Uhr: **CSU Deuringen**, Jahreshauptversammlung, Pfarrheim St. Gabriel, Stadtbergen.

8.5., 19 Uhr: **SEN Coburg**, Seniorentag, Gaststätte Münchner Hofbräu.

8.5., 19 Uhr: **CSU Niederbayern**, Diskussion mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten **Horst Seehofer** und dem Europaabgeordneten **Manfred Weber**, Eskara Halle, Essenbach.

8.5., 19 Uhr: **CSU Schwaben**, Bezirksparteitag mit dem CSU-Ehrenvorsitzenden **Theo Waigel**, dem Europaabgeordneten **Markus Ferber** und weiteren Gästen, SGL Arena Augsburg.

8.5., 19.30 Uhr: **CSU Coburg-Süd**, Jahreshauptversammlung, Schützenhaus Creidlitz.

8.5., 20 Uhr: **CSU Wenigumstadt**, Jahreshauptversammlung, Radsportheim.

9.5., 10 Uhr: **CSU Oberbayern**, Aktionstag „Europa der Familien“ mit Staatsministerin **Ilse Aigner**, Hainhalle Ismaning.

9.5., 17.30 Uhr: **CSU Mitterteich**, Besuch der Firma Hör Technologie mit Bundesminister **Alexander Dobrindt**, Ludwig-Erhard-Str. 7.

9.5., 18.30 Uhr: **JU Waldaschaff**, Feier zum zehnjährigen Bestehen, Ehemalige Mädchenschule.

9.5., 19 Uhr: **CSU München**, „Bayern zuerst – Reden über Europa“ mit dem Bundestagsabgeordneten **Peter Gauweiler** und dem früheren Chefredakteur des *Bayernkurier*, **Wilfried Scharnagl**, Gaszählerwerkstatt, Agnes-Pockels-Bogen 6.

Haben Sie Termine?
Bitte melden Sie Ihre Termine Ihrer Bundeswahlkreis- bzw. Bezirksgeschäftsstelle!
Der Bayernkurier kann nur eine Terminauswahl veröffentlichen. Eine größere Übersicht finden Sie unter www.csu.de.

LESERBRIEFE

IMPORTIERTE UNIFORM

Zu „Auf Herz und Nieren“, Bayernkurier vom 19. April:

Auf Herz und Nieren werden die Polizeiuniformen der Nachbarländer (Österreich) oder anderer Bundesländer (grünes Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt) getestet. Nachdem Bayern im Bund immer ganz oben steht, frage ich mich, warum man Polizeiuniformen importieren muss. Hat man in Bayern keinerlei eigene Ideen oder sind die anderen doch besser?

Stephan Neubauer
91171 Obermässing

GEWALT GEGEN POLIZEI

Zu „Eine unangenehme Wahrheit“, Bayernkurier vom 12. April:

Was Polizisten in Deutschland an Gewalt und Beleidigungen durch aggressive Migranten im Alltag erleiden müssen, hat mich tief erschüttert und beunruhigt.

Als pensionierter Fahndungsbeamter denke ich an meine aktive Zeit in den 70er-Jahren zurück, wo ich vereinzelt einmal als „Nazischwein” von den damaligen sogenannten Gastarbeitern beschimpft wurde. Aber Gewalt oder Beleidigungen im heutigen Ausmaß war damals nicht vorhanden. In Bayem sind wohl diese Verhältnisse noch weniger häufig. Doch wehret auch hier einer weiteren Eskalation!

Ich empfehle allen Kolleginnen und Kollegen im aktiven Polizeidienst und den Pensionisten, zusammenzuhalten und gemeinsam über die Gewerkschaften sich zu wehren und die Politiker nicht aus der Verantwortung zu entlassen! Eine besonders gute Möglichkeit ist es, im CSU-Arbeitskreis „POL und innere Sicherheit” mitzuarbeiten und den Kontakt zu den Kollegen in der CDU zu suchen.

Dem Bürger ist es immer wieder klarzumachen, dass es hier um seine ureigenste Sicherheit geht und sich die CDU/CSU hier besonders bemüht.

Ottmar Ederer
90607 Rückersdorf

SCHNAPSIDEE

Zu „CSU gegen Zeitumstellung“, Bayernkurier vom 12. April:

Summertime ist ein wunderschönes Lied aus der Oper Porgy and Bess von Gershwin, eine sehr zu Herzen gehende Melodie. Mit der deutschen Sommerzeit dagegen verbindet sich für mich vorwiegend Frust. Schon die Einführung erinnerte mich an meine Kindheit im Krieg und in der Nachkriegszeit, an Mangel und Rationierung. Um rechtzeitig zur Arbeit zu kommen musste ich immer schon um 6 Uhr aus dem Bett, und das fiel wesentlich leichter, wenn es um 6 Uhr auch schon hell war. Dann kam die Sommerzeit und es war um 6 Uhr wieder dunkel.

Jetzt sind sich die Experten weitgehend einig, dass die ursprünglich erwartete Energieeinsparung durch die Sommerzeit überhaupt nicht eingetreten ist. Und jetzt kommt die CSU mit der Idee daher, die Sommerzeit für das ganze Jahr einzuführen! Ein verspäteter Aprilscherz? Oder sollte das ein Beweis dafür sein, dass in Bayem die Uhren anders gehen? Oder ist es hinterhältige Taktik : Man verlangt das Gegenteil von dem was man erreichen will?

Ich kann es drehen, wie ich will, für mich ist die Dauersommerzeit einfach eine Schnapsidee. Sommerzeit auch im Winter, eine schlimmere Energieverschwendung gibt es wohl kaum. Dieser Unsinn sollte schleunigst wieder von der Tagesordnung verschwinden und die Sommerzeit einfach abgeschafft werden.

Rudolf Krank
83089 Brannenburg

GEFÄHRLICH

Zu „Zwei Pässe, zwei Identitäten“, Bayernkurier vom 5. April:

Die doppelte Staatsbürgerschaft ist ein Produkt von geistig eingeschränkten sogenannten Gutmenschen. Aus der Staatsangehörigkeit ergeben sich Pflichten und Rechte dem jeweiligen Staat gegenüber. Gibt es in diesem Fall schon bei Personen aus dem gleichen Kulturkreis Probleme, so ist es geradezu absurd, diese Regelung auf Personen aus verschiedenen Kulturkreisen und politischen Systemen auszudehnen. Es wird die Autorität des Staates untergraben und führt in Krisenzeiten zu sehr gefährlichen Situationen. Eine Person, die ständig in einem anderen Land leben will, muss sich auch eindeutig für die dortige Rechtsgemeinschaft entscheiden. Ansonsten haben wir es hier mit einer schädlichen Ansammlung von gespaltenen Persönlichkeiten zu tun. Ein Alptraum !

Dipl.-Ing. Herbert Gaiser
81479 München

NEBULÖS ÜBER 1918

Zu „Was wäre wenn ... “, Bayernkurier vom 5. April:

Ihr Artikel geht an der Realität vorbei, denn die Folgen der heutigen Machtkonstellation sieht man an den Zuständen in der Ukraine und der Wehrlosigkeit des Westens genauso wie an der Abhöraffäre „Kanzlerhandy” oder beim Versagen in Brüssel (siehe: das Buch von Wilfried Scharnagl). Souveränität sieht anders aus.

Aufgeregt hat mich vor allem Ihre Feststellung: „Europa hätte sich in eine ganz andere Richtung entwickelt, wenn Deutschland 1918 Sieger gewesen wäre. Es wäre finster, unterdrückerisch und weitgehend unvorhersehbar geworden.” Dieser nebulöse Satz ist einfach ohne Erkenntnisgrundlage dahingeworfen, nicht mehr als eine Meinung. Als Historiker sollte man hier etwas wissenschaftlicher vorgehen. Denn in der Zeit von 1871 bis 1914 gab es durchaus bahnbrechende Entwicklungen in Architektur, Forschung und Wissenschaft, sowie gesellschaftliche Veränderungen. Ja, vielleicht hätten wir heute eine konstitutionelle Monarchie wie in anderen europäischen Staaten auch. Aber Sie wissen, dass es finster und unterdrückerisch wäre (was Multikulti natürlich nicht ist...). Etwas mehr Respekt vor den Leistungen der Vorgängergenerationen und Demut wäre angebracht.

Dr. med. Wolfgang Schöfer
91315 Höchstadt

WARUM SO LANGE?

Zu „Viele offene Fragen“, Bayernkurier vom 19. April:

Der Fall Edathy an sich ist mehr als unschön. Darüber gerät aber in Vergessenheit, dass auf der kanadischen Liste ja weitere Personen aufgeführt worden sind. Hatten diese auch alle die Möglichkeit noch gut zwei Jahre ihrer Lust zu frönen und dadurch dafür zu sorgen, dass Kinder weitere zwei Jahre ausgebeutet und missbraucht werden? Warum hat das so lange gedauert, wenn man schon alle notwendigen Daten auf dem Präsentierteller bekommen hat? Oder wurde bei Edathy eine Ausnahme gemacht und alle anderen hat es bereits vorher erwischt? Egal, wie man es dreht und wendet, es bleibt ein extrem fader Beigeschmack!

Alexander Garnreiter
85622 Feldkirchen

Anzeige
GIESE ENERGIE- UND REGELTECHNIK
www.das-eigene-Kraftwerk.de
schont Umwelt und Geldbeutel

KONTAKTADRESSE

BAYERNKURIER
Leserbriefe
Nymphenburger Straße 64
80335 München
leserbriefe@bayernkurier.de
Fax: (089) 1 29 30 50

Die Zuschriften geben die Meinung der Leser wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden.

Kurze Leserbriefe werden bevorzugt behandelt.

„Wir wollen Perspektiven für Europa entwerfen“

Angelika Niebler im *Bayernkurier*-Interview über die Europawahl, die Bilanz der EVP und das Fallen der Drei-Prozent-Hürde

München – Die Europawahl am 25. Mai ist eine Richtungsentscheidung – nicht nur für die Euro-Krisenstaaten, sondern auch für Bayern, Deutschland und die gesamte Europäische Union. Dominik Sauter sprach mit der oberbayerischen Europaabgeordneten Angelika Niebler über die vergangene Legislaturperiode, die Konzepte der CSU für ein besseres Europa, und die Veränderungen im Parlament nach dem Fall der Drei-Prozent-Hürde.

„Die CSU steht zu einem gemeinsamen Europa“: Europaparlamentarierin und FU-Landeschefin Angelika Niebler. Bild: fkn

Bayernkurier: Frau Niebler, am 25. Mai wählt Europa. Wie schätzen Sie die Wahlchancen der EVP im Allgemeinen und der bayerischen CSU-Kandidaten im speziellen ein?

Angelika Niebler: Ich bin optimistisch, aber wir müssen und werden um jede einzelne Stimme kämpfen. Für die EVP hoffe ich, dass wir wieder die stärkste Fraktion im Europäischen Parlament werden und den Kommissionspräsidenten stellen. Und für die CSU wünsche ich mir, dass wir unser Ergebnis von 2009 – 48,1 Prozent in Bayern wiederholen. Wir haben gute Kandidatinnen und Kandidaten, die Bilanz unserer Arbeit in den letzten Jahren kann sich sehen lassen. Mit dem Europaplan bieten wir den Wählerinnen und Wählern ein überzeugendes Programm für die Politik, die wir in Europa in den nächsten Jahren machen wollen. Die CSU tritt als einzige Partei mit einer Landesliste an, wir vertreten zu 100 Prozent bayerische Interessen. Das unterscheidet uns von allen anderen Parteien, die mit Bundeslisten antreten. Wir stehen für ein Europa der Regionen, das sich auf die Aufgaben konzentrieren soll, die wir nur gemeinsam in der EU lösen können: die Stabilisierung unserer Währung, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, einen funktionierenden Binnenmarkt und offene Grenzen innerhalb des Schengen-Raums. Und mit Jean-Claude Juncker, unserem Spitzenkandidaten der EVP, haben wir einen überzeugten Europäer.

> **Dank unseres Einsatzes fallen die Handy-Auslandsgebühren bald weg**

Bayernkurier: Wie fällt Ihr persönliches Resümee der vergangenen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments aus?

Niebler: Die größte Herausforderung der letzten Jahre war sicher, den Euro stabil zu halten. Wir haben aus der Finanzkrise einige Lehren gezogen. Banken müssen künftig mehr Eigenkapital hinterlegen. Wir haben eine europäische Bankenaufsicht geschaffen und Regeln für die Abwicklung von Banken beschlossen. Und die Kommission kann Schuldenländer künftig besser in die Pflicht nehmen, wenn diese ihre Hausaufgaben nicht erfüllen. Persönlich habe ich mich in den letzten Jahren dafür eingesetzt, dass sich die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft verbessern und auch unsere Bürger von einem gemeinsamen Europa profitieren. Besonders gekämpft habe ich dafür, dass Telefonieren und Surfen im Internet mit den Mobilfunkgeräten auch im europäischen Ausland billiger wird und man keinen Schock mehr bekommt, wenn man nach Rückkehr aus dem Urlaub seine Telefonrechnung öffnet. Ab Dezember 2015 sollen die Zusatzgebühren im EU-Ausland ganz wegfallen.

Bayernkurier: Erstmals wird es bei der Wahl keine Drei-Prozent-Hürde mehr geben. Daher dürften im nächsten Europaparlament deutlich mehr Parteien vertreten sein als bisher. Wie schätzen Sie das ein?

Niebler: Der Wegfall der Drei-Prozent-Hürde kann zum Einzug von Parteien führen, die nur für ein Thema stehen. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments umfassen aber nahezu alle politischen Themenfelder – von der Agrar- und Regionalpolitik über die Industrie- und Wirtschaftspolitik bis hin zum Verbraucherschutz, Arbeitsschutzbestimmungen ebenso wie die engere Koordinierung der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz. Gehen Sitze an solche kleineren Parteien, die nur ein Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können, schwächen wir letztlich den Einfluss Deutschlands im Parlament, was ich sehr bedauere. Aus guten Gründen wurden gerade für die Europawahlen in vielen europäischen Ländern Sperrklauseln eingeführt.

Bayernkurier: Mit dem Wegfall der Hürde wird auch der Einzug radikaler Parteien von links und rechts wahrscheinlicher. Denken Sie, dass dies dem Image des Europaparlaments nachhaltig schaden wird?

Niebler: Wir haben immer noch vier Wochen Zeit bis zu den Europawahlen. Die Zeit müssen wir nutzen und mit vollem Einsatz dafür kämpfen, dass rechts- und linksradikale Parteien keine Chance haben, ins Europäische Parlament einzuziehen. Letztlich ist aber – und das muss man in einer Demokratie anerkennen – die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments Ausdruck des Wählerwillens und Spiegelbild der Gesellschaft. Gerade aus diesem Grund ist es besonders fatal, nicht zur Wahl zu gehen. Gerade dann darf man sich am Ende nicht beklagen, dass die deutschen Interessen durch NPD-Vertreter oder Altkommunisten im Europäischen Parlament vertreten werden. Das Ergebnis der Europawahl bleibt aber abzuwarten. Ich bin davon überzeugt, dass die demokratischen Parteien einen Weg finden werden, mit dem Ergebnis – wie auch immer – umzugehen.

Bayernkurier: Was werden etablierte Parteien wie die EVP gegen den zu erwartenden Strom neuer Gruppierungen unternehmen?

Niebler: Wenn tatsächlich neue Kleingruppierungen ins Europäische Parlament einziehen sollten, muss man sich zunächst die Frage nach dem „Warum“ stellen. Viele Bürgerinnen und Bürger wollen keine EU, die auch das Olivenölkännchen auf dem Tisch im Restaurant reguliert. Dass es nicht Aufgabe der Europäischen Union sein sollte, sich mit derartigen Fragen zu beschäftigen, ist auch die Meinung in der CSU. Trotz dieser Kritik stehen wir aber zu einem gemeinsamen Europa. Das grenzt uns deutlich von vielen anderen Gruppierungen ab. Wir bekennen uns klar zu einer EU, die sich um die großen Probleme kümmert und Vorteile für jeden einzelnen schafft. Unnötige Bürokratie und Überregulierung lehnen wir ab. Viele der neuen Gruppierungen, die jetzt zur Europawahl antreten, wissen leider nur sehr genau, was sie nicht wollen. Gegen jeden und alles zu stimmen und allein Krawall zu machen, haben aber noch nie Probleme gelöst. Es geht darum, eine Perspektive für die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu entwerfen, dafür braucht man Argumente und Zusammenarbeit. Wir wollen Europa noch besser machen.

NAMEN

Auftakt: Mit einer Diskussionsveranstaltung hat die **UdV Germaringen** die heiße Phase des Europawahlkampfes eingeleitet. Als Redner war der CDU-Politiker **Hans-Jürgen Irmer** (re.) zu Gast im Ostallgäu. Irmer, der derzeit im hessischen Landtag als schulpolitischer Sprecher den stellvertretenden Vorsitz der CDU-Fraktion inne hat, sprach zum Thema „Ja zu Europa – Nein zur EU-Bürokratie“. Kreisrat **Maximilian Hartleitner** (li.) aus Buchloe stellte als CSU-Kandidat für das EU-Parlament die Wahlziele der CSU vor vor und betonte, dass der Bürokratieabbau für die CSU im Mittelpunkt stehe.

Bilder: CSU

Besuch: Auf Einladung der Bezirksrätin **Gabriele Off-Nesselhauf** (vorne links) besichtigten 35 Mitglieder und Freunde der **CSU Germering** den Bezirkstag für Oberbayern in München. Der Bezirkstag, die dritte kommunale Ebene in Bayern, ist den meisten Bürgerinnen und Bürgern kaum bekannt. Um die Aufgaben des Bezirks vorzustellen und zu erläutern, nahm sich auch Oberbayerns Bezirkstagspräsident **Josef Mederer** (vorne rechts) persönlich die Zeit, die Gruppe durch das Haus zu führen. Anschließend beantwortete Mederer die zahlreichen Fragen der Gäste aus dem Landkreis Fürstenfeldbruck.

Europaweit für Arbeitnehmerrechte streiten

CSA-Maiempfang in Schwabach ganz im Zeichen des Europa-Wahlkampfs

Schwabach – „Wir werden mit starker Stimme für die Arbeitnehmer sprechen, in Deutschland und Europa.“ Diese Ankündigung des CSA-Vizechefs Reiner Meier beim Maiempfang in Schwabach war symptomatisch: Der Europawahlkampf bestimmte die Tonlage der Veranstaltung – sogar bis zur Wahl des Tagungsortes: Denn in Schwabach wohnt der für Arbeitnehmerfragen zuständige CSU-Europaabgeordnete Martin Kastler.

Starke Stimme für die Arbeitnehmer: CSA-Bezirkschef Peter Daniel Forster, stv. CSA-Vorsitzender Reiner Meier, Bayerns Arbeitsministerin Emilia Müller, MdEP Martin Kastler und stv. Landtags-Fraktionschef Karl Freller (v.l.). Bild: Wolfram Göll

Alle Redner wünschten dem erkrankten CSA-Vorsitzenden Joachim Unterländer eine rasche Genesung. „Wir hoffen, dass er bald wieder hier bei der CSA am Pult steht“, sagte Meier. Er verteidigte die Pläne der Koalition, die Rente mit 63 einzuführen. „Wenn einer mit 63 schon 45 Beitragsjahre auf dem Buckel hat, dann hat er mit 18 Jahren zu arbeiten begonnen. Dann hat er seine Rente verdient.“ Missbrauch, falls Firmen so etwas planten, werde die Koaliton unterbinden. Gleichzeitig forderte Meier eine Abschaffung der Kalten Progression, die die Lohnerhöhungen der Arbeitnehmer auffrisst. „Da müssen wir entschlossen angreifen, gegen alle Bedenken des Koalitionspartners“. Auch die Gewerkschaften sollten hier Unterstützung leisten. Das SPD-Geschrei nach Gegenfinanzierung nannte Meier „nicht ehrlich“.

Martin Kastler formulierte heftige Angriffe auf Europas Sozialisten. Ausgerechnet deren Spitzenkandidat Schulz habe nicht mitgestimmt bei der Entsenderichtlinie, die ausländischen Arbeitnehmern mehr Rechte sichert. Die Wähler sollten Schulz am 25. Mai entlassen – auch weil er seine eigenen Mitarbeiter miserabel behandle. Die CSU habe die duale Ausbildung in der Pflege und den deutschen Meisterbrief gerettet.

Bayerns Arbeitsministerin Emilia Müller betonte, in Bayern herrsche regional bereits Vollbeschäftigung. So bei den Lehrstellen: Auf 100 Bewerber kämen 884 Stellenangebote. Das sei keine Selbstverständlichkeit, und Bayern müsse entschlossen weiter vorangehen. Deutschland habe als großes Plus hervorragend ausgebildete Arbeitnehmer. Nun richte sich der Blick auf ältere und Langzeitarbeitslose sowie Migranten. **wog**

Oberpfalz

Im Herzen Europas

Wie die Oberpfalz von der EU profitierte

Neumarkt – Am 25. Mai sind Europawahlen. „Nur wer CSU wählt, gibt Bayern eine eigene Stimme in Europa“, betont der Oberpfälzer Europaabgeordnete Albert Deß aus Röckersbühl im Kreis Neumarkt. Der gelernte Landwirt ist im Europäischen Parlament seit zehn Jahren die Stimme der Oberpfalz und dort Sprecher im Ausschuss für Landwirtschaft und ländlicher Raum.

„Wir in der Oberpfalz leben im Herzen Europas“, sagt Deß. Und gerade die Oberpfalz habe überdurchschnittlich von der Grenzöffnung und der EU-Osterweiterung profitiert. „Die Arbeitslosigkeit in der Oberpfalz ist mit 3,7 Prozent im Jahresschnitt 2013 so niedrig, wie sich das vor 15 oder 20 Jahren niemand erträumt hätte“, berichtet Deß. Mit europäischen Fördermitteln seien allein in der letzten Förderperiode in der Oberpfalz Investitionen von fast einer halben Milliarde Euro angestoßen worden. Der Bezirk sei wieder ein pulsierendes Handels- und Wirtschaftszentrum. „Jeder zweite Euro in der Oberpfalz wird im Export erwirtschaftet. 60 Prozent der Ausfuhren gehen in europäische Länder“, so Deß. „Die gelebte gute Nachbarschaft zwischen der Oberpfalz und Böhmen wird jeden Tag beiderseits der Grenze mit Leben erfüllt.“ Dafür stünden Projekte wie ein deutsch-tschechischer Kindergarten (Furth i.W.), eine Europa-Berufsschule (Weiden) oder das Europaeum (Uni Regensburg). **avd**

Bild: Büro Deß

Albert Deß und Emilia Müller.

„Arges und böses Bier“

Die „Regensburger Bierordnung“ ist 62 Jahre älter als das Bayerische Reinheitsgebot

Regensburg – Die Geschichte des Bieres muss umgeschrieben werden: Bereits 1454, also 62 Jahre vor der Einführung des legendären bayerischen Reinheitsgebots für Bier, wurde in Regensburg eine Verordnung für sauberes Bierbrauen beschlossen.

Bisher galt das Reinheitsgebot als die weltweit älteste, noch immer gültige Qualitätsvorschrift für Lebensmittel. Herzog Wilhelm IV. hatte sie am 23. April 1516 erlassen. Die Geschichte des Verbraucherschutzes muss jetzt womöglich neu geschrieben werden. Historiker stellten fest: „Bayerns wichtiges Biergesetz“ ist 60 Jahre älter. In Regensburger Archiven wurde ein Beleg entdeckt, der zweifelsfrei bestätigt, dass die Verantwortlichen in der ehemals freien Reichsstadt 62 Jahre vor Herzog Wilhelm einen Ehrenkodex für alle Bierbrauer in Stadt und Land beschlossen. Diese „Regensburger Bierordnung“ diente mehr

Bild: obx-News

Der Beleg für den Beschluss des Regensburger Stadtrates für sauberes Bier.

als ein halbes Jahrhundert später den Wittelsbacher Herzögen als Vorlage für ihr in Ingolstadt beschlossenes Reinheitsgebot. Die Sorge um den Bierpreis und die mangelnde Qualität des Gerstensaftes waren es, die den Regensburger Stadtrat damals umtrieben. Immer wieder hatten die Herren in den Schenken und Gastwirtschaften „arges und böses Bier“ trinken müssen, von regelrechten Bierpanschern war die Rede. Diese ersetzten damals das gute Gerstenmalz durch billigen Hafer oder Rosskastanien, mischten heimlich Kräuter, Wurzeln und Gewürze bei. 1454 hatten die Stadträte in der damaligen Reichshauptstadt Regensburg genug von den bösen Überraschungen im Wirtshaus. Wer beim Panschen erwischt wurde, dem drohten fünf Gulden Strafe, damals eine beachtliche Summe. Wiederholungstätern konnte gar die Braulizenz entzogen werden. „Die Brauherren, die Frauen und ihre Braumeister sollen schwören, nichts in die Biere zu hängen und zu tun, weder Samen, noch Wurz, Gestrüpp oder dergleichen, noch solches zu tun, nachsehen und gestatten“, heißt es in der Urkunde. Genau beschrieben werden neben dem Reinheits-Eid auch Brauzeit, Gerstenmenge und Preise. Das Dokument wird heute im Nachlass des Chronikers Carl Theodor Gemeiner im Münchner Staatsarchiv vermutet.

Wenn auch der Ruhm des „Regensburger Reinheitsgebotes“ in mehr als 500 Jahren verblasste, ist die Oberpfalz mit 500 unterschiedlichen Bieren von mindestens 80 Brauereien ein „Land des Bieres“ geblieben. Früher war hier das Kommunbraurecht weit verbreitet. In 75 Orten gab es ein oder mehrere Kommunbrauhäuser. Heute gibt es das berühmte Zoiglbier aus eigenem Kommunbrauhaus noch in Eslarn, Falkenberg, Mitterteich, Windischeschenbach und dessen Ortsteil Neuhaus. **obx/avd**

BAYERNKURIER
Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

FÜR UNSERE LESER

Plötzlich Pflegefall – was nun?

Rechte kennen –
Hilfe organisieren –
Ansprüche durchsetzen

Dieser Ratgeber versteht sich als nützlicher und hilfreicher Wegweiser durch das teilweise recht komplizierte Pflegeversicherungsrecht und bietet Hilfestellung bei der Einleitung der ersten wichtigen Schritte zu den erforderlichen Pflegeleistungen. Man erfährt, an welche Stellen man sich wenden und welche Anträge man stellen muss, um Leistungen aus der Pflegekasse geltend zu machen und welche anderen Institutionen in dieser schwierigen und oft belastenden Situation helfen können.

Broschur, 80 Seiten
Format: 21 x 28,5 cm
Artikel-Nr.: 133400
Preis: 7,95 €

ONLINE LESER SHOP
Reinschauen lohnt sich!

Bitte bestellen Sie über unseren Online-Shop – **www.bayernkurier-shop.de** oder mit Bestellschein per Post oder Fax an: BAYERNKURIER, Leserservice, Nymphenburger Straße 64, 80335 München, Telefax 0 89/120 04-133.

Bestellschein:

Plötzlich Pflegefall was nun?

Ich bestelle
. . . . . .
Ex. **à € 7,95**

Liefer- und Rechnungsadresse:
Name
Vorname
Straße
PLZ/Ort
Datum, Unterschrift

Jedes Buch kostet 7,95 Euro zzgl. jeweils 3,– Euro Verpackung und Versand.
Zahlung per Rechnung.

Die Auslieferung und Berechnung erfolgt über Helmut Lingen Verlag GmbH & Co. KG, Köln.

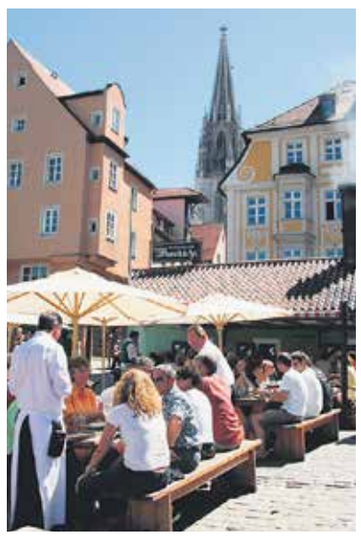
Bratwurstkrieg und Schlüsselloch

McDonalds Urahn: Die Wurstkuchl in Regensburg

Regensburg – Bereits im Jahr 1378 sind in einer kleinen Hütte am Ufer der Donau in der Regensburger Altstadt – urkundlich bestätigt – Bratwürste gegrillt worden. Das war die Geburtsstunde der ersten Schnellimbissbude der Welt, der „Wurstkuchl“, quasi Urahn von McDonalds &Co.

Jüngst war die Wursthütte ein Fall für den Richter. Ein Nürnberger Gastronom klagte, weil er seine Wurstbraterei für die „älteste Würstchenbude der Welt“ hielt. Der bayerisch-fränkische „Bratwurst-Krieg“ wurde nach monatelangem Streit mit einem Kompromiss beigelegt: Nürnbergs Bratwursthaus ist zwar in einem um zwei Jahre älteren Gebäude untergebracht. Nirgendwo sonst auf der Welt aber gibt es einen älteren Bratwurst-Imbiss als den in Regensburg. Der Rechtsstreit lohnte sich am Ende für beide Parteien: Sie verkaufen mehr Bratwürste als je zuvor.

Der Ursprung der historischen Wurstkuchl war ein kleines, an die Stadtmauer angelehntes Gebäude, das während des Baus der Steinernen Brücke von 1135 bis 1146 als Baubüro diente. Als das seinerzeit als achtes Weltwunder gefeierte Bauwerk vollendet war, zog das Baubüro aus und das kleine Gebäude wurde zur „Garküche“. Die Kundschaft waren Hafen- und Bauarbeiter. Wo sie einst ihren Hunger stillten, kehren heute Tag für Tag Tausende



Treffpunkt für Touristen.

Touristen ein, auch immer mehr Amerikaner, die eine urige kulinarische Abwechslung von den überfüllten Einheits-Buffets auf der wachsenden Zahl von Donau-Kreuzfahrtschiffen suchen. Einer der beliebtesten Regensburger Export-Artikel sind heute in Dosen verpackte Regensburger Bratwürste vom berühmten Holzkohlengrill, hausgemachtes Kraut und Senf – via Luftpost. „Wir haben regelmäßig Bestellungen aus den USA, Asien oder auch Australien“, berichtet Andreas Meier, Chef der Wurstkuchl, die seit 1806 im Besitz seiner Familie ist. „Noch heute wird jede Wurst über offenem Holzkohlenfeuer gebraten“, sagt die Köchin am verräucherten Wurstkuchl-Grill. Jeder kann die harte Arbeit der Würstlbraterinnen hautnah erleben, die allenfalls durch Hochwasser der nahen Donau unterbrochen wird. Die Fans schwärmen: Regensburger Bratwürste gelten mit zehn Zentimetern Länge, kaum kleinfingerdick, als „Liliputaner“ und sind wohltuender Kontrast zu den nicht weniger bekannten „Regensburger Knackern“ mit fast fünf Zentimetern Durchmesser. Eine Legende erklärt die „Kleinwüchsigkeit“ damit, dass die Würstl so klein sein mussten, damit im Gefängnis sitzende Verwandte durchs Schlüsselloch versorgt werden konnten – oder hungrige Gäste auch noch nach der Sperrstunde im Wurstkuchl. **obx**

Bilder: obx-news

Hier werden Bratwurstträume wahr.

Die Mär von der schlechten Behandlung

Die Linke fühlt sich in den Medien benachteiligt – Eine Analyse

Vor der anstehenden Europawahl klagt die Linke erneut, die Medien benachteiligten sie. Auf besonders heftige Kritik der Linken stieß jüngst eine Diskussion von Markus Lanz mit Sahra Wagenknecht. Der Talkmaster hatte die Vizevorsitzende der Linkspartei sehr kritisch und robust befragt. Immer wieder hatte Lanz nachgefragt und nachgehakt, um Wagenknecht keine Bühne zur Selbstdarstellung zu bieten. Offenbar wollte er Gefälligkeitsjournalismus vermeiden. Danach tobte ein Sturm der Entrüstung in der Linkspartei und bei Dauerempörten im Internet. Der Kernvorwurf lautete: Mediales Mobbing gegen Wagenknecht. Die Linkspartei nutzte die Debatte daraufhin, um sich als Opfer der Medien zu inszenieren.

Bild: M. May / actionpress

Trio der Unterdrückten? Politiker der Linkspartei wie Sahra Wagenknecht, Oskar Lafontaine und Gregor Gysi fühlen sich im Fernsehen schlecht behandelt.

In Wirklichkeit verfügt die Linke über besonders gute Möglichkeiten, um sich medial darzustellen. So ist sie die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die über eine Tageszeitung gebietet: Das Neue Deutschland, ihr inoffizielles Verlautbarungsorgan, von dem sie sich normalerweise sehr fair behandelt fühlt. Auch in diversen Talkshows präsentiert sich die Linke sehr häufig. Ihre starke Fernsehpräsenz bleibt ein besonders wichtiger Erfolgsfaktor der Partei. Wenig übersichtlich ist die komplette Liste der jüngsten Talkshow-Auftritte vor allem Gregor Gysis und Wagenknechts, aber auch Oskar Lafontaines.

Gemessen an ihrer Zustimmung bei Wahlen präsentiert sich die Linke seit Jahren überproportional im Fernsehen. Inzwischen gehören Politiker der Linken zu den häufigsten Gästen diverser Talkshows: In manchen Sendungen genießen sie beinahe Dauergaststatus. Unter den Top-Ten der ewigen Gästeliste bei „Christiansen“ rangieren Gysi mit 22 und Lafontaine mit 21 Auftritten weit vorne. Seit Jahren hofieren viele Journalisten die eloquenten Medienprofis Lafontaine, Gysi und Wagenknecht, die versprechen, Quote zu bringen.

Kein Politiker präsentierte sich zuletzt häufiger in den großen Talkshows der Republik als Wagenknecht. Sie schreibt und diskutiert immer mehr auch in „Systemmedien“. In zahlreichen Sendungen punktet sie mit ihrer Eloquenz, ihrer Stimme, ihrer Streitbarkeit, ihrer Telegenität und ihrer Fähigkeit zur Polarisierung und Inszenierung – so gibt sie gern die Goethe-Kennerin (Goethe als früher Antikapitalist!). Kurz vor der Bundestagswahl zeigte sich Wagenknecht in einem auflagenstarken Society-Magazin auf Fotos als Reinkarnation der Malerin Frida Kahlo.

Aber Wagenknecht ist nicht allein. Seit Jahren bekommt und nutzt kaum ein Politiker häufiger als Gysi die Chance, sich im Fernsehen zu präsentieren. Immer wieder erhält und akzeptiert er Einladungen als die angeblich repräsentative „Stimme des Ostens“, obwohl die Mehrheit der Ostdeutschen stets andere Parteien wählt. Auch wenn sich seine Partei ein Opfer von „beispiellosen Medienfeldzügen gegen Missliebige“ nennt: Gysis Fernsehpräsenz ist kaum zu überbieten. Im Fernsehen, dem Medium mit der größten Reichweite, bewegt sich der eloquente Politiker wie ein Fisch in frischem Wasser, insbesondere durch sein „Talent, andere in Grund und Boden zu schwatzen“ (Freya Klier). Gerade bei seinen Auftritten im Fernsehen versucht Gysi, sich und seiner Partei ein gemäßigtes Image zu geben.

> **Wagenknecht und Gysi gehören zu den Stammgästen der Politk-Talkshows**

Mit insgesamt wenigstens 15 Auftritten war er seinerzeit geradezu Stammgast in „Talk im Turm“. Bis 2003 „volontierte“ Gysi sogar als Gastgeber einer Gesprächsrunde – im öffentlich-rechtlichen *MDR*. Doch Moderieren gehört offenbar weniger zu Gysis Stärken, wie die Sendung offenbarte. Als der *MDR* die stark umstrittene Show, gegen die gerade auch DDR-Bürgerrechtler protestiert hatten, aus dem Programm nahm, weil sie sehr zäh floss und keine übermäßigen Einschaltquoten errang, erklärte Gysi nivellierend in Opfer-Pose: „Damit ist erwiesen, dass Opportunismus, politische Einflussnahme und Zensur in den Medien kein alleiniges Privileg der DDR waren.“

Zuweilen zensiert sich Gysi freilich selbst: Mittlerweile selektiert er genau, in welcher Talkshow er als Gast auftritt und in welcher nicht. Angesprochen auf seine diversen Angebote, in Talkshows aufzutreten, bemerkt Gysi: „Wenn Sie wüssten, wie viele ich ablehne. Auf drei Anfragen sage ich zweimal nein. Fragen Sie nach. Talkshows sind auch für mich anstrengender geworden. Außerdem versaut einem so ein Besuch bei Christiansen doch den ganzen Sonntag.“ Gysis Sprecher verkündete frühzeitig: „Inzwischen lehne ich schon mal Anfragen ab, wenn das Thema oder das Umfeld nicht passen. Das hätte ich vor ein paar Jahren noch nicht gemacht.“ Gysi achte insbesondere auf die personelle Zusammensetzung der Talkshows, an denen er mitwirken solle. Kaum zumutbar für Gysi wäre es, so sein Sprecher, zum Beispiel öffentlich mit DDR-Bürgerrechtlern und Stasi-Opfern wie Bärbel Bohley oder Vera Lengsfeld zu diskutieren: „Mit denen muss man Gysi nicht in eine Show sperren“, weil solche Zusammenkünfte „unappetitlich“ wären, bilanziert sein Sprecher.

Viele Journalisten (und Politiker) zeigen sich freilich – und das ist die andere Seite – in Fernsehgesprächsrunden mit politischen und medialen Naturtalenten wie Lafontaine, Wagenknecht und Gysi überfordert. So fragte Gabi Bauer, Moderatorin der *ARD*-Sendung „Farbe bekennen“, ihren Gast Lafontaine zwar nach dessen rotbrauner „Fremdarbeiter“-Äußerung. Doch als er in der Sendung befand, die Bundesregierung betreibe keine demokratische Politik, vermied Bauer jeden Kommentar und jede Nachfrage. Vor der Sendung hatte Bauer offenbar die aufwändige Aufgabe umschifft, sich gründlich statt nur oberflächlich auf ihren Gast vorzubereiten – ähnlich wie viele andere Journalisten, die mit Spitzenvertretern der Partei im Fernsehen diskutieren, ohne sich darauf intensiv vorzubereiten. Auch Lanz widersprach zum Beispiel nicht, als Wagenknecht den Begriff „Neoliberalismus“ konsequent und komplett von seinen semantischen Wurzeln löste und emanzipierte – und damit fast in sein Gegenteil verkehrte. Die Linke ist letztlich gerade kein Opfer der Medien, sondern präsentiert sich besonders häufig vor allem im Fernsehen. Darüber will sie hinwegtäuschen.

Harald Bergsdorf

Bild-Zeitung wird teurer

Springer erhöht Preis um zehn Cent

Berlin – Deutschlands auflagenstärkste Tageszeitung wird teurer. Wie der *Axel-Springer-Verlag* mitteilte, soll der Preis für die *Bild*-Zeitung ab diesem Montag (5. Mai) in vielen Teilen Deutschlands um zehn Cent auf dann 80 Cent pro Ausgabe steigen.

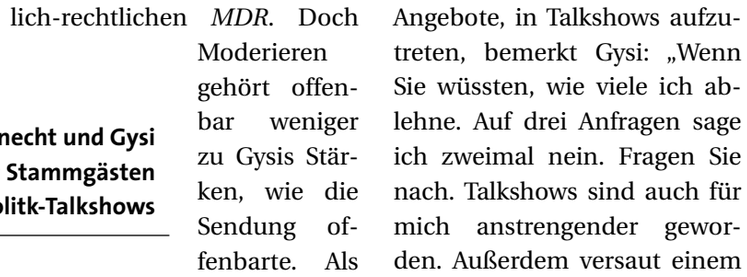
Betroffen sind die Regionalausgaben in Hannover, Frankfurt am Main, Teilen Westfalens, dem Münsterland, dem Ruhrgebiet und dem Rheinland, Saarland, Bremen, sowie Ausgaben in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. In Bayern wird lediglich die Nürnberger *Bild* teurer. *Springer* hatte die Preise für diese Ausgaben zuletzt im Mai 2011 erhöht – damals ebenfalls um zehn Cent. Der Verkaufspreis von 60 Cent, der für die in Ostdeutschland – außer Berlin und Brandenburg – erscheinenden *Bild*-Ausgaben gilt, bleibt unverändert, ebenso der Preis von 70 Cent für die Bundesausgabe.

Was nach einer geringfügigen Preiserhöhung klingt, spült dem stark expandierenden *Springer-Verlag* pro Jahr beachtliche 60 Millionen Euro zusätzlich in die Kassen. Beobachter spekulierten außerdem, ob *Bild*-Chef Kai Diekmann mit der Preiserhöhung im Printbereich die schleppenden Geschäfte mit dem Online-Format *Bild Plus* ausgleichen möchte. **dos**

Weltbild schließt jede vierte Filiale

Insolventer Verlag baut 293 Jobs ab – Arbeitnehmer hatten mit noch mehr gerechnet

Augsburg – Nach der Insolvenz des Augsburger *Weltbild*-Verlags schließt das Unternehmen nahezu jede vierte der bislang 220 Filialen. Insgesamt werden 293 der rund 1300 Mitarbeiter in den Buchhandlungen ihre Jobs verlieren, teilte das Unternehmen zu Beginn der Woche mit. Im Juli sollen die ersten 24 *Weltbild*-Geschäfte dicht machen. Insgesamt würden 53 Filialen geschlossen.



Weltbild schließt 53 seiner Filialen. Bild: Archiv / fkn

Für die Vertreter der Arbeitnehmer ist diese Nachricht beinahe zufriedenstellend – sie hatten mit deutlich stärkeren Einschnitten gerechnet. Die Gesamtbetriebsratsvorsitzende Julia Käding erinnerte daran, dass in den vergangenen Wochen ein weitaus größerer Kahlschlag befürchtet wurde: „Es standen spekulativ 100 Filialen im Raum.“ Für die jetzt ausscheidenden Mitarbeiter sei zudem ein „sehr guter Sozialplan“ ausgearbeitet worden, so Käding weiter. Insgesamt 179 Mitarbeiter der schließenden Filialen werden in eine Transfergesellschaft wechseln. Die Beschäftigten werden weiterqualifiziert und erhalten maximal ein Jahr lang bis zu 100 Prozent ihres bisherigen Nettogehalts. Zudem verlieren 114 auf 450-Euro-Basis angestellte Mitarbeiter ihre Arbeit. Diese geringfügig Beschäftigten erhalten eine Abfindung. Für das Unternehmen selbst sei es wichtig gewesen, ein flächendeckendes Filialnetz zu erhalten, betonte Käding. Dies könne durch den jetzigen Plan gewährleistet werden.

Die bislang der katholischen Kirche gehörende Verlagsgruppe *Weltbild* hatte im Januar Insolvenz angemeldet. Derzeit wird ein Investor für das Gesamtunternehmen gesucht. Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz hatte unlängst erneut betont, er sei „vorsichtig optimistisch“, bald einen Käufer für *Weltbild* zu finden. Die katholische Kirche möchte das Unternehmen möglichst nicht aufteilen, sondern als Ganzes verkaufen. **dos**

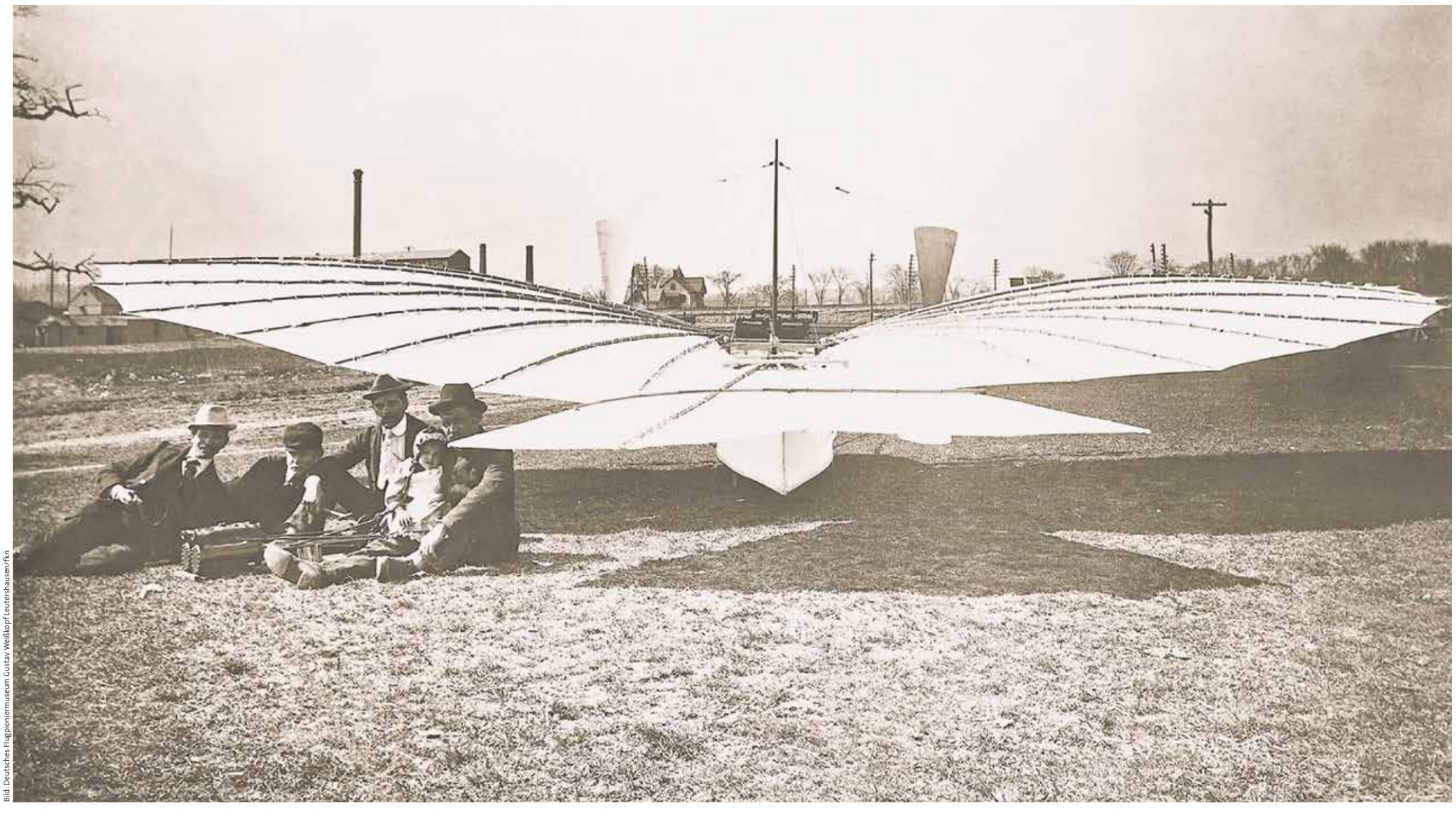


Bild: Deutsches Flugpioniermuseum Gustav Weißkopf Leutershausen/fkn

Der Flugpionier Gustav Weißkopf (r., mit Tochter Rose auf dem Schoß) und drei Helfern vor dem Flugzeug Nr. 21, mit dem er am 14. August 1901 zum ersten Motorflug der Menschheitsgeschichte abhob.

Der Flugpionier aus Mittelfranken

Gustav Weißkopf, geboren in Leutershausen, hob zwei Jahre vor den Wright-Brüdern mit einem Motorflieger ab – Museum wird ausgebaut

Der Sturm um Gustav Albin Weißkopf, den berühmtesten Sohn der Stadt, scheint Leutershausen noch nicht völlig erreicht zu haben. Noch ist es ruhig rund um das Heimatmuseum des mittelfränkischen Städtchens, das auch das „Deutsche Flugpioniermuseum Gustav Weißkopf" beherbergt. Dabei tobt seit zwei Jahren in der Fachliteratur ein heftiger Streit, bei dem es um Grundsätzliches geht: haben die Brüder Wright oder der eingewanderte Deutsche Weißkopf den ersten motorisierten Flug der Menschheit absolviert? Stattgefunden hat er auf jeden Fall in den USA.

Bevor der australische Flieger, Fluglehrer und Luftfahrthistoriker John Brown auf den Plan trat, bezweifelte kaum jemand die Pioniertat der Wrights. Brown ist soeben dabei, zwei große Söhne der Vereinigten Staaten vom Sockel zu stoßen.

North Carolina hat bereits reagiert und den Slogan „First in Flight" aus seinem Autokennzeichen gestrichen. Die Wrights hatten ihren Flug im Jahr 1903 in diesem Bundesstaat unternommen. Umgekehrt ehrt jetzt der Bundesstaat Connecticut, wo Weißkopf lebte und den legendären Flug bereits am 14. August 1901 unternommen hatte, den Deutschen. „So wird eine Ungerechtigkeit korrigiert, die schon seit fast einem Jahrhundert besteht", heißt es auf der Nachrichtenseite des Bundesstaats Connecticut.

„Die Zeit um die Jahrhundertwende war sehr technikfreundlich", erklärt John Brown gegenüber dem *Bayernkurier*. „Es gab weltweit noch andere Flieger, aber Weißkopf war eben der Erste".

Fest steht derzeit: Weißkopf flog mit einer selbstgebauten Maschine, der Nummer 21, die über ein Fahrwerk, einen Gasdruckmotor und zwei Propeller verfügte, am 14. August 1901 etwa zehn Minuten lang und rund eine halbe Meile weit. Dann landete er sicher auf dem Boden. Anwesend waren 17 Personen, darunter der Chefredakteur der lokalen Wochenzeitung *Bridgeport Herald*, die darüber einige Tage später berichtete. Vierzehn Augenzeugen beeideten diesen Flug.

Bisher argumentierten die Gegner Weißkopfs (in Amerika „Whitehead" genannt) immer, es gebe davon kein Beweisfoto. Nun ist aber John Brown im dem Buch „A Dream of Wings" auf eine Lithographie dieses Ereignisses und einige Bilder gestoßen, auf denen sich mittels moderner Computertechnik Weißkopfs Flugzeug als eben die besagte Nummer 21 identifizieren lässt. Diese Beweislage genügte dem britischen Kompendium „Jane's All The World's Aircraft", Weißkopfs Leistung offiziell anzuerkennen.

Weißkopf wurde am 1. Januar 1874 in Leutershausen geboren, sein Vater arbeitete bei der Eisenbahn. Mit dreizehn Jahren wurde er Vollwaise, verbrachte daraufhin einige Zeit bei den Großeltern in Ansbach und lernte schließlich in Augsburg, bei der Vorgängerfirma der MAN, den Schlosser-Beruf. Anschließend fuhr er mehrere Jahre zur See und wanderte 1895 in die Vereinigten Staaten aus. Er ließ sich an der Ostküste nieder und versuchte sich zunächst mit Gleitern im Stil Otto Lilienthals.

In Bridgeport/Connecticut entwickelte „Gustave Whitehead", wie er sich von nun an nannte, mit Unterstützung von Mäzenen Flugmaschinen mit selbstkonstruierten Motoren – darunter eben auch die Konstruktion Nr. 21. Mit Hilfe von Fremdkapital gründete er schließlich eine Fabrik für Flugmotoren, mit der er jedoch 1912 in den Konkurs ging.

Hans-Günter Adelhard, der Erste Vorsitzende der Flughistorischen Forschungsgemeinschaft Gustav Weißkopf, weiß um die Hintergründe dieses Scheiterns: „Nach unserer Kenntnis hat er sich auf einen Auftrag eingelassen, den er nicht erfüllen konnte". Von da an war Whitehead als einfacher Arbeiter tätig, bis zu seinem Tod am 10. Oktober 1927. „Er hat versucht", so Martin Jendretzke, Vize-Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft, „einen schweren Motor aus einem Auto zu heben und hat dabei einen Herzschlag erlitten".

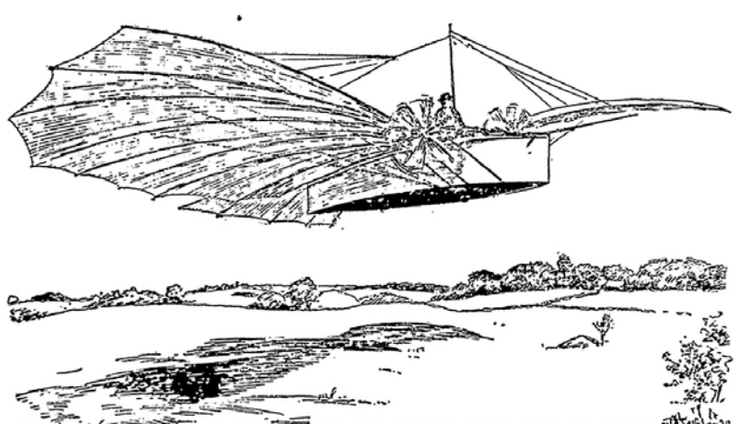
Die neuen historischen Erkenntnisse haben das „Projekt Weißkopf" in Leutershausen natürlich beflügelt. Die Forschungsgemeinschaft hat zum 140. Geburtstag am 1. Januar 2014 eine Sonderbriefmarke für Liebhaber herausgegeben. Gemeinsam mit der Stadt Leutershausen wurde erreicht, dass auf der nahen Autobahn A6 Schilder auf das Flugpioniermuseum hinweisen. In diesem Museum befindet sich unter anderem ein flugfähiger Nachbau der Nr. 21 im Maßstab 1:1.

Rund 300 Titel umfasst der neue Fachbereich „Luftfahrttechnik" in der Stadtbücherei Leutershausen, der jüngst auf Initiative von Bürgermeister Siegfried Heß (CSU) eingerichtet wurde. Zusätzlichen Schub gab der Beschluss des bayerischen Kabinetts vom März 2013, den Um- und Ausbau dieses Museums finanziell zu unterstützen.

„Letztes Jahr haben wir etwa dreitausend Besucher gezählt – Einzelpersonen, Piloten, Schulklassen", sagt Martin Jendretzke. Eine Prognose spricht von fünf- bis sechstausend Besuchern jährlich, sollte das Museum räumlich und inhaltlich modernisiert werden.

Hans-Günter Adelhard rechnet dafür mit einem Zeitraum von bis zu zu fünf Jahren. „Unser Problem lautet: Wie überbrücken wir diese Zeit, wo in Leutershausen lagern wir die Exponate ein?" Eine finanzierbare Zwischenlösung hat die Forschungsgemeinschaft bislang noch nicht gefunden.

Auf den australischen Piloten und Forscher John Brown können sich die Stadt und die Forschungsgemeinschaft jedenfalls verlassen. Der bekräftigt weiterhin national und international, dass in Leutershausen ein großer Flugpionier geboren wurde – auch gegenüber letzten Zweiflern. **Bernhard Greger**



Einziges direktes Zeugnis vom Erstflug ist diese Zeichnung, die vier Tage nach dem Ereignis im *Bridgeport Herald* erschien. Bild: *Bridgeport Herald*/fkn

Bild: Bernhard Greger

Stolz auf den großen Sohn der Stadt: Hans-Günter Adelhard (l.) und Martin Jendretzke (r.), die Vorsitzenden der Flughistorischen Forschungsgemeinschaft.

Scharfer Analytiker

Zum Tode des Theatermannes Klaus Schultz

München – Erst im Februar dieses Jahres wurde Klaus Schultz die Ehrenmitgliedschaft des Münchner Gärtnerplatztheaters verliehen; nun, ziemlich genau zwei Monate später, starb der frühere Intendant und Chefdramaturg völlig überraschend im Alter von 66 Jahren. Er erlag am 26. April in München einer unerwartet aufgetretenen Erkrankung. „Mit Klaus Schultz verliert das deutsche Kulturleben eine bedeutende Persönlichkeit, die mit ihrer fachlichen Kompetenz beeindruckt und die Bedeutung des Musiktheaters national sowie international nachhaltig geprägt hat“, betont Bayerns Kunstminister Ludwig Spaenle.

Bild: Christian Zach / fkn

Klaus Schultz

Geboren 1947 in Bad Kissingen, absolvierte Klaus Schultz zunächst eine Ausbildung zum Diplombibliothekar, wechselte aber bald ins Theaterfach. 1977 holte August Everding ihn an die Bayerische Staatsoper. Dort prägte er die dramaturgische Ausrichtung der Staatsoper. Seine umfangreichen Programmbücher sind noch heute beispielgebend. Sie waren nicht nur Beihefte, sondern eigenständige Kompendien zu den Inszenierungen. „Klaus Schultz hat in seinen fünf Jahren an der Bayerischen Staatsoper viele künstlerische Impulse gegeben und das Musiktheater, wie wir es heute kennen, entscheidend befördert“, betont Nikolaus Bachler, Intendant der Staatsoper.

1984 wurde Klaus Schultz mit 37 Jahren Generalintendant in Aachen, 1992 wechselte er in gleicher Funktion an das Nationaltheater Mannheim. 1996 wurde er Intendant des Staatstheaters am Gärtnerplatz, dem er bis zur Spielzeit 2006/07 vorstand. Von 1999 bis 2007 war er auch Vizepräsident der Bayerischen Theaterakademie August Everding. „In tiefer Trauer werde ich einen wunderbaren, humorvollen Menschen und Kollegenfreund vermissen, dem ich sehr gerne zugehört habe. Ein scharfer Analytiker, ein kluger Mann, der mit dramaturgischer Gewandtheit viele Talente entdeckt, gefördert und geleitet hat. In steter Erinnerung, bei der ein Lächeln ob seines brillanten Humors nie fehlen wird“, trauert Josef E. Köpplinger, Intendant des Gärtnerplatztheaters.

Als Intendant des Gärtnerplatztheaters legte Klaus Schultz einen Schwerpunkt auf die Musik des 20. Jahrhunderts. Ludwig Spaenle: „Klaus Schultz war über Jahrzehnte bayerischen Kulturinstitutionen auf das Engste verbunden und hat mit seinem Wirken wichtige Akzente gesetzt. Besonders beeindruckt hat mich, dass er in seinem Schaffen auch immer der Heiterkeit und dem Humor einen gebührenden Platz einräumte.“ Unter den vielen Künstlern, die Klaus Schultz entdeckt und gefördert habe, sei seine Freundschaft zu Loriot von besonderer Bedeutung gewesen, so Spaenle. **FC**

Ära des Aufbruchs

Germanisches Nationalmuseum Nürnberg zeigt „Wege in die Moderne“ im 19. Jahrhundert

Nürnberg – Viele technische Erfindungen, die heute noch in Gebrauch sind, haben ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert. Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg spürt dieser Epoche mit ihren vielen Neuerungen in einer groß angelegten Sonderschau nach.

Bilder: GNM (2) / Museum für Kommunikation Frankfurt

Gustave Eiffel und Adolphe Salles auf der obersten Plattform des Eiffelturms, 1889. Wenn es nach der Pariser Bevölkerung gegangen wäre, wäre der Turm nach der Weltausstellung wieder abgerissen worden. Erfindungen wie der Fernsprechapparat von Siemens & Halske (1881) oder die Schreibmaschine „Graphic“ (1895/1905) symbolisierten den Aufbruch in eine neue, technisierte Welt.

Ganz Paris war entsetzt, als der Eiffelturm 1889 zur Weltausstellung fertig gestellt wurde. Nach dem Ende der Leistungsschau, bei der sich die Stadt als Metropole des Fortschritts präsentierte und mit dem Bauwerk vor allem einen Meilenstein der Ingenieursbaukunst zeigen wollte, forderten große Teile der Öffentlichkeit, unterstützt von den Medien, den Abriss des Schandmals. Nur die hohen Kosten verhinderten das Abtragen der innovativen Eisenkonstruktion, die heute zum Wahrzeichen von Paris avanciert ist. Eine Fotografie hat Gustave Eiffel und Adolphe Salles auf der obersten Plattform festgehalten – und erinnert die Besucher der Ausstellung „Wege in die Moderne“ im Germanischen Nationalmuseum (GNM) in Nürnberg an das denkwürdige Ereignis.

Doch neu war im 19. Jahrhundert nicht nur die fortschrittliche Architektur, auf allen Gebieten kam es zu sensationellen Erfindungen, prägte der Aufbruch Gesellschaft, Industrie, Kunst und Technik. Aus diesem immensen Themenfundus hat das GNM sich für eine aufregende Gesamtschau drei Bereiche herausgepickt: „Weltausstellungen“, „Medien“ und „Musik“. Der eigene reiche Objektbestand hätte durchaus noch weitere Themen illustrieren können – doch mit 500 Ausstellungsstücken ist der Besucher eh schon nahe an der Überforderung.

Dennoch: Was man beim Flanieren durch die Räume sehen kann, fügt sich zu einem Panorama der westlichen Zivilisation an der Wende zur Moderne – und es beschert dem Betrachter so manchen Aha-Effekt.

Denn vieles, was für uns heute selbstverständlich ist, hat seine Wurzeln in dieser Zeit. Im Bereich der Kommunikationstechnologie wurden damals Apparate und Geräte erfunden, die noch heute, wenn auch formal modifiziert und mit immer neuen Fähigkeiten versehen, in Betrieb sind: das Telefon, in Form eines „Fernsprechwandapparats“ von Siemens zu sehen, der Telegraphenapparat oder die Schreibmaschine, freilich noch mit verschnörkeltem Zierrat, ermöglichten letztlich die Entwicklung der Presse und des Bildjournalismus. In ihrem Gefolge kam die Werbung im öffentlichen Raum, die anhand von Plakaten an einer originalen Litfaßsäule visualisiert wird.

Das 19. Jahrhundert wurde jedoch auch zu einer Epoche des Amüsements, denn unser heutiges Kino begann mit Unterhaltungsmedien wie Guckkasten oder Laterna Magica, die in bestens erhaltenen Originalen zu bestaunen sind. Dazu gehörte auch die Musik, nicht nur das Grammophon mit dem großen Schalltrichter, auch normale Instrumente wurden technisch verstärkt oder in ungewöhnlichen Materialien ausgeführt, wie beispielsweise eine Geige aus Metall. Von ihrem ungewöhnlichen Klang kann man sich an einer Hörstation selbst überzeugen. Kurios sind das Nähtischklavier oder eine „Stumme Violine“ zum Üben.

Natürlich kann sogar der Kratzsound alter Schellackplatten akustisch erfahren werden. Wie sangesfreudig die Deutschen damals waren, demonstrieren Bilder von Gesangsvereinen und Volksmusikkreisen, aber auch Kompositionen wie Richard Wagners Albumblatt „Siegfrieds Horn“, ein wertvolles Stück aus der Autographensammlung des Museums.

Für die breite Masse dienten die Weltausstellungen, denn dort kam es nicht nur zur nationalen Selbstdarstellung, sondern auch zum Blick in andere Kulturkreise – am beliebtesten in Form nachgebildeter exotischer Orte, durch die man flanieren konnte. **Barbara Reitter**

Die Ausstellung „Wege in die Moderne. Weltausstellungen, Medien und Musik im 19. Jahrhundert“ ist bis 21. September im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg zu sehen, Eingang Kartäusergasse 1. Geöffnet ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Mittwoch bis 21 Uhr. Der Eintritt kostet 8 Euro, ermäßigt 5 Euro. Der Katalog kostet im Museumsshop 28 Euro.

www.gnm.de

Die Hölle, das sind die anderen

Im Regensburger Theater am Bismarckplatz: „Die Katze auf dem heißen Blechdach“

Regensburg – Statt Glaube, Liebe, Hoffnung herrschen Hass, Heuchelei und Lügen. Ein krankes Familiensystem, das die negative Kehrseite des amerikanischen Traumes zeigt: Tennessee Williams Südstaatendrama „Die Katze auf dem heißen Blechdach“. Einst ein mit dem Pulitzerpreis bedachtes Erfolgsstück, das, wie alle Werke des amerikanischen Autors, verfilmt wurde. Unvergesslich der legendäre Kinohit mit Liz Taylor und Paul Newman, der zu einer frühen Ikone Hollywoods geworden ist.

Jetzt hat man das Drama in Regensburg ausgegraben und versucht, 60 Jahre Staub abzukratzen, ohne eine künstliche Adaption an heutige Verhältnisse zu versuchen. Das Ergebnis hinterlässt den Besucher mit zwiespältigen Gefühlen. Einerseits liefert Regisseur Robin Telfer bei seinem Regensburg-Debüt eine handwerklich solide, saubere Arbeit ab. Doch sie wirkt mit ihrem optischen Realismus wie ein bemühtes Film-Remake: Südstaaten-Flair auf der Bühne im 50er-Jahre-Stil, das atmosphärische Flirren schlägt sich in irritierenden, geheimnisvollen Klängen nieder.

Die Schauspieler bleiben optisch in der Zeit: ein Hingucker Maggies wippende Rock’n’Roll-Kleider – nur dass Schauspielerin Andine Pfrepper den Tanz nicht einmal beherrschte, war schwach. Legt doch selbst Big Daddy (beeindruckend Gerhard Hermann) eine flotte Sohle aufs Parkett, der alte Patriarch und millionenschwere Plantagenbesitzer, der in diesem analytischen Drama nach Aristoteles Regeln der Einheit von Ort, Zeit und Geschehen seinen 60.Geburtstag feiert.

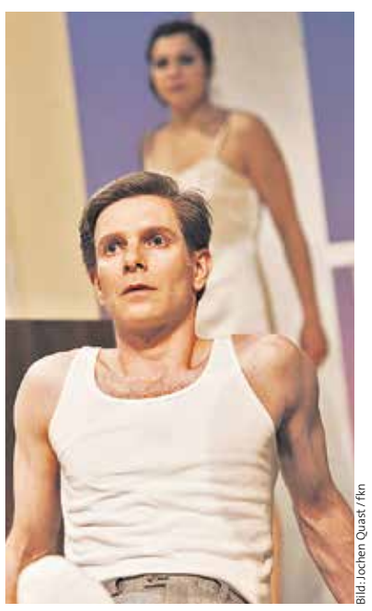


Bild: Jochen Quast / fkn

Etwas stimmt nicht zwischen den beiden: Brick (Gunnar Blume) und Maggie (Andine Pfrepper).

Dass er sterben wird, weiß er nicht – dafür interessieren sich die Anverwandten um so mehr für’s potenzielle Erbe. Nur sein Lieblingssohn nicht: Brick (Gunnar Blume) ist der schöne Unberührbare, ein kühler Beau, der Alkoholiker ist, seit er seinen Freund verloren hat. Doch Maggie, die „Katze“, hält zu ihm – obwohl sie ahnt, dass er sich seine Homosexualität nicht eingestehen kann.

Dieser Konflikt ist aus der Entstehungszeit im prüden Amerika um 1955 verständlich – doch in Zeiten sexueller Libertinage wie heute wirkt das Thema überholt. Für damals hat Autor Tennessee Williams erschreckend Klartext geredet, als er mit verbalen Grobheiten, ungeschönten Zynismen und Aggressivität seine Figuren in einen Strudel schickte, in welchem die bürgerliche Aufsteiger-Fassade zunehmend bröckelt. Dies pinselt der Regisseur nuanciert aus, denn er setzt den Fokus auf die psychologische Motivation in seiner Familie, für die Sartres Satz gilt: „Die Hölle, das sind die anderen“.

Dass der Text immer wieder mäandert, obwohl für den Zuschauer bereits alles klar ist, lässt die Spannung des Stücks phasenweise absacken. Erst nach der Pause gewinnt die Inszenierung an Fahrt bis zum Showdown, in dem doch noch so etwas wie Hoffnung aufblitzt. **Barbara Reitter**

Termine: 5., 7., 8., 9., 18., 26., 28. & 31. Mai sowie 11. & 19. Juli, jeweils 19.30 Uhr, im Theater am Bismarckplatz in Regensburg.

www.theater-regensburg.de

KULTURTIPP

München
14. Biennale
Int. Festival für neues Musiktheater, Gasteig, Muffathalle u. a., **7. bis 23. Mai,** muenchenerbiennale.de

Kaufbeuren
Natur – ganz NAH!
Fotografien & Skulpturen, Kunsthaus, **bis 29. 6.,** www.kunsthaus-kaufbeuren.de

Bayreuth
53. Musica Bayreuth
Klassik belebt, versch. Orte, **bis 28. Mai,** musica-bayreuth.de

Deggendorf
Piep Show
Der Vogel und sein Mensch. Eine Beziehungsgeschichte, Stadtmuseum, **bis 26. Oktober,** museen-deggendorf.de

Erlangen
32. Bay. Theatertage
43 Inszenierungen von 30 bay. Theatern, Markgrafentheater, **16. bis 31. Mai,** bayerische-theatertage.de

Frauenau
Second Life
Glasdesign aus Finnland, Glasmuseum, **bis 18. Mai,** glasmuseum-frauenau.de

Der Einheit den Weg geebnet

Heiligsprechung in Rom: Johannes Paul II. hatte für Deutschland enorme Bedeutung

Rom/München – Rund eine Million Menschen verfolgten die Heiligsprechung der Päpste Johannes Paul II. und Johannes XXIII. in Rom. Johannes Singhammer war hautnah mit dabei. Was der polnische Papst Johannes Paul II. für den Fall des Eisernen Vorhangs und die Wiedervereinigung Deutschlands getan habe, könne nicht genug betont werden, hebt der Münchner Bundestagsabgeordnete hervor.

Obwohl Johannes Singhammer schon viele Messen erlebt hat, die Heiligsprechung von Johannes Paul II. und Johannes XXIII. in Rom war für ihn etwas besonders. „Vor dem Petersdom stand eine unglaubliche Menschenmenge, die aber trotzdem absolut friedvoll war. Das war sehr beeindruckend“, erzählt der Abgeordnete. Verschiedenen Angaben zufolge hatten sich zwischen 800 000 und einer Million Menschen aus allen Teilen der Welt auf dem Petersplatz und den umliegenden Straßen versammelt, um die Messe zu verfolgen. Teilweise hätten die Menschen die ganze Nacht gewartet, ehe sie ab 5 Uhr morgens auf den Platz vorgelassen wurden.

Johannes Singhammer und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) als Vertreter des Bundestages und der Bundesregierung erlebten die Messe aus unmittelbarer Nähe. Als eine von rund 100 offiziellen Delegationen hatten sie ihren Platz seitlich des Altars gefunden. „Auf der anderen Seite saß der emeritierte Papst Benedikt“, erzählt Singhammer. Papst Franziskus habe die Messe sehr bestimmt geführt, obwohl auch er schon bald 78 Jahre alt sei. „Die Predigt war kurz und knapp, aber zutreffend und anrührend. Franziskus hat die Leistung der heilig gesprochenen Päpste für die Kirche sehr gut herausgearbeitet.“ Die Heiligsprechung selbst habe nicht einmal 20 Minuten gedauert, nach zwei Stunden sei alles vorbei gewesen.

Bild: Wojtek Laski / Fotolink / action press / Johannes Singhammer

Bilder mit den heilig gesprochenen Päpsten Johannes Paul II. und Johannes XXIII. waren am vergangenen Wochenende in Rom allgegenwärtig. Johannes Singhammer war als Vertreter des Bundestages, Arbeitsministerin Andrea Nahles als Vertreterin der Bundesregierung nach Rom gereist (kl. Bild).

Vor allem die Erhebung des polnischen Papstes in den Heiligenstand habe ihn sehr bewegt, erzählt Singhammer. „Zum ersten Mal habe ich ihn 1980 auf der Münchner Theresienwiese erlebt, dann ab 1995 als Mitglied des Bundestags immer wieder. Sein öffentliches Sterben vor neun Jahren hat mich tief beeindruckt.“ 1995 habe Johannes Paul II. den Besuchern mit auf den Weg gegeben, das Grundrecht auf Religionsfreiheit zu verteidigen sowie die christlichen Wurzeln Europas festzuhalten. Singhammer: „Da kommen viele Erinnerungen hoch.“

Aus deutscher Perspektive sei das Pontifikat Johannes Pauls II. aber noch aus ganz anderer Sicht von extrem hoher Bedeutung. „Er hat in seiner historischen Einmaligkeit der Deutschen Einheit den Weg geebnet. Das wird gerade jetzt zum 25. Jahrestag des Mauerfalls deutlich“, betont Singhammer. Der Papst sei nicht politisch gewesen, aber er habe eine für Deutschland großartige politische Wirkung gehabt. „Die Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc wäre ohne Johannes Paul II. nicht so erfolgreich gewesen. Unser Nachbarland Polen war der erste Schritt für den Fall der kommunistischen Regime in Osteuropa und damit auch eine Basis für die Deutsche Einheit.“ **Florian Christner**

NACHGEFRAGT BEI …

Barbara Becker
Kandidatin der CSU für Unterfranken bei der Europawahl, aus Wiesenbronn (Kreis Kitzingen), Unternehmerin, 44 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Kreisrätin, Vorsitzende der FU Kitzingen, Schriftführerin der Kreis-CSU Kitzingen, Beisitzerin im Landesvorstand des EAK.

1. Was macht Ihnen Freude?
Singen. Am liebsten im „Wiesenbronner 3Klang“, einer A-capella-Gruppe. Wir sind sechs Frauen und singen seit 33 Jahren zusammen.

2. Was schätzen Sie an Bayern?
Die fröhlichen Menschen hier, die Vielfalt unserer Landschaften, die wirtschaftliche Stärke. Ich komme durch meinen Beruf im ganzen Bundesgebiet herum und würde nirgends sonst leben wollen.

3. Näher am Menschen – das heißt für mich …
… mehr zuhören als reden. Immer im Dialog bleiben, auch mit politischen Gegnern.

4. Mit wem würden Sie gern bei einem Bier zusammensitzen?
Mit Horst Seehofer! Wir treffen uns im Europa-Wahlkampf sehr häufig, haben aber nie Zeit für ein Gespräch.

5. Welchem Fußballverein drücken Sie die Daumen?
Den Bayern, denn Leistung muss sich lohnen. Dem Club, denn Franken braucht einen Verein in der ersten Liga. Dem SV Wiesenbronn, da spielt unser Sohn.

6. Ihr Motto fürs Leben?
Erbitte Gottes Segen für deine Arbeit. Aber verlange nicht auch noch, dass er sie tut.

7. Mit wem würden Sie gerne für einen Monat tauschen?
Aktuell mit Ingo Friedrich, ehemaliger Europaabgeordneter. Seine Erfahrung wäre mir von unschätzbarem Wert.

8. Wo singen Sie gerne mit?
Bei „Happy“ von Pharrell Williams und beim Frankenlied.

9. Welchem Schmankerl können Sie nicht widerstehen?
Tafelspitz mit Meerrettich. Richtig scharf. Und Preiselbeeren.

10. Ihr persönlicher Bestseller?
„Die alltägliche Physik des Unglücks“ von Marisha Pessl. Ein überaus ungewöhnlicher Krimi, geschrieben wie eine wissenschaftliche Arbeit.

MENSCHEN

Bild: fkn

Aktion „Jeder 5“: „Der größte Gegner bei der Europawahl ist die geringe Wahlbeteiligung“, sagt **Heike Maas** aus Söchtenau (Kreis Rosenheim), die auf Platz 10 der CSU-Liste für die Europawahl am 25. Mai antritt. Deshalb hat sie die Aktion „Jeder 5“ ins Leben gerufen: „Wenn jeder Wähler mindestens fünf Freunde davon überzeugt, zur Europawahl zu gehen, steigen die Chancen der CSU-Kandidaten auf einen Sitz im Europäischen Parlament“, ist Heike Maas überzeugt. „Dann schaffen wir nicht acht oder neun, sondern zehn Sitze für die CSU.“ Auch **Jean-Claude Juncker**, Spitzenkandidat der Europäischen Volksparteien für die Europawahl, unterstützt die Aktion „Jeder 5“ von Heike Maas (Bild). Gegen eine geringe Wahlbeteiligung könne man nur gemeinsam antreten, betont die Kandidatin. „Jeder kann helfen, indem er seine Freunde an die Wahl erinnert!“ Wer Interesse an den Flyern hat, wendet sich an Heike Maas, Gewerbegebiet Schwabering 16, 83139 Söchtenau, Telefon 08053 / 799546, *h.maas@maas-projekt.de*.

www.heike-maas.de

Tag des Bieres: In ganz Bayern boten Brauereien und Gastwirte zum Tag des Bieres am 23. April Schmankerl und Bierspezialitäten an. In München luden der Bayerische Brauerbund und die Münchner Brauereien zum Freibier aus dem Bierbrunnen vor dem Brauerhaus ein. Die Bayerische Bierkönigin **Maria Krieger** (Bild 2.v.l.) eröffnete den Bierausschank mit der Hallertauer Hopfenkönigin **Regina Obster** (2.v.r.) sowie dem Präsidenten des Bayerischen Hotel- und Gaststättenverbandes, **Ulrich N. Brandl** (l.), und **Friedrich Düll** (r.) Präsident des Bayerischen Brauerbundes.

Bild: Bayerischer Brauerbund e.V. / fkn

Die Welt zu Gast in Bayerisch-Schwaben: Ein Schuljahr im Ausland ist nicht nur unter deutschen Teenagern begehrt. Aus weltweit 50 Ländern kommen rund 500 Jugendliche auch nach Deutschland, um Einblick in unsere Kultur zu gewinnen und unsere Sprache zu lernen. Gemeinsam mit dem Verein AFS Interkulturelle Begegnungen e.V. sucht der Neu-Ulmer Bundestagsabgeordnete **Georg Nüßlein** (CSU) in den Landkreisen Günzburg, Neu-Ulm und Unterallgäu Gastfamilien, die ihren Alltag ab September mit einem Austauschschüler teilen wollen. „Der Austausch dient dazu, das gegenseitige Verständnis zu fördern. Als Grundlage für Toleranz und Offenheit profitieren nicht nur die Schüler, sondern auch die Gasteltern und -geschwister“, erklärt Nüßlein. Vorbereitet und begleitet werden die Gastfamilien von AFS-Mitarbeitern direkt in der Region. Ob für ein ganzes Schuljahr oder nur die ersten Wochen: Interessierte, die ihr Zuhause für ein Gastkind öffnen möchten, können sich im Internet erkundigen oder direkt an AFS wenden: Telefon 040 / 39 92 22-90 oder per E-Mail an *gastfamilie@afs.de*.

www.afs.de/gastfamilie

Der Einsatz zählt

Seehofer ehrt Olympioniken aus Bayern

München – Zwei Drittel aller deutschen Medaillen haben die Sportlerinnen und Sportler aus Bayern von den Olympischen Winterspielen und den Paralympics im russischen Sotschi mit nach Hause gebracht – mit einem Staatsempfang in München wollten Ministerpräsident Horst Seehofer und seine Ehefrau Karin den Teilnehmern aus dem Freistaat danke sagen. „Die bayerischen Olympioniken haben die Winterspiele 2014 in weiß-blauen Farben zum Strahlen gebracht. Die Bayern-Connection hat Triumphe gefeiert. Bei den Paralympics hat Anna Schaffelhuber mit fünfmal Gold bayerische Sportgeschichte geschrieben.“

Im Kuppelsaal der Staatskanzlei würdigte der Ministerpräsident die Sportlerinnen und Sportler als Vorbilder gerade für junge Menschen. „Nicht abseits stehen, sondern mitmachen, loslegen – das ist die Botschaft im Sport. Nicht Sieg oder Niederlage entscheiden – der Einsatz zählt. Leistungsbereitschaft, Teamgeist und die Leidenschaft für den Sport – darauf kommt es an.“ **BK**

Bild: Bayerische Staatskanzlei / fkn

Ministerpräsident Horst Seehofer (2.v.l.) mit den Athleten (v.l.) Felix Loch, Natalie Geisenberger, Tobias Wendl sowie Tobias Arlt in der Staatskanzlei.

DER LÖWE BRÜLLT

GENIAL SCHLAGFERTIG

Schon mal Prüfungsangst gehabt? Dann geht es Ihnen wie den meisten Menschen. Es gibt aber auch Zeitgenossen, die sind nie um eine Antwort verlegen. Die Pädagogin Petra Cnyrim hat in ihrem Buch „Vervollständige die Funktion. 22 genial schlagfertige Antworten auf nervige Prüfungsfragen“ (riva Verlag München) eine Auslese veröffentlicht, was Schülern in Tests so alles an Blödsinn einfällt. Beispiel? Frage: „Wo wurde der Friedensvertrag von Versailles unterschrieben?“ Antwort: „Am Ende des Blattes!“ Oder: „An welchem Tag starb Friedrich Schiller?“ – „An seinem letzten.“ Wer schlagfertig ist, ist klar im Vorteil! Das gilt im Übrigen nicht nur für die Schule, sondern allgemein. Gerne würde man nervige Mitmenschen mal so richtig alt aussehen lassen. Aber dann ist es so wie immer: Die schlagfertige Antwort fällt einem erst hinterher ein …

In diesem Sinne, Ihr Löwe